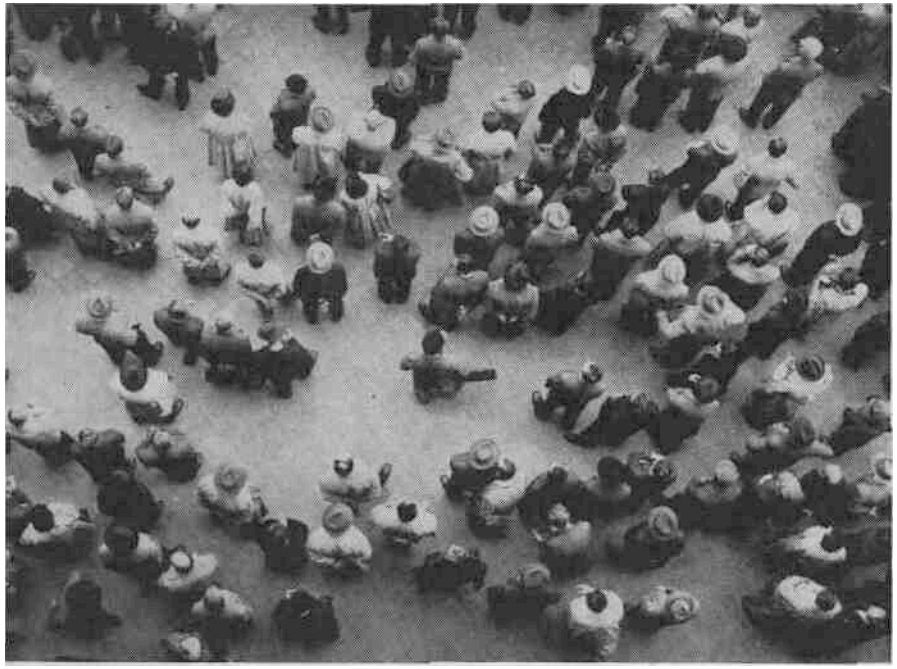


neue kritik

oskar negt: die Zerstörung der deutschen Universität • klaus meschkat: honnef - ein realisiertes ideal? • heinz grossmann: aufruf zum widerstand • kay tjaden: hinein in den elfenbeinturm! • kurt schumacher: rede vor Studenten 1946 • angaben zum notstand auf schulen und hochschulen • harald Hartung: versuch über rühmkorf • michael schumann: trugbild • peter märthesheimer: provokation

Als Beitrag des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes zum 6. Deutschen Studententag erscheint die „neue kritik". Der,,STANDPUNKT", das bisherige Bundesorgan des SDS, hat sein Erscheinen eingestellt. Schon fast legendär geworden, bleibt der,,STANDPUNKT" bis zu seiner letzten Nummer hin ein Stück Geschichte der sozialistischen Bewegung. Die „neue kritik" wird das fortsetzen, was die Redaktion des ,,STANDPUNKTS" angestrebt hat: theoretische Klärung und die Bildung praktisch-kritischen Bewußtseins.

DIE ZERSTÖRUNG DER DEUTSCHEN UNIVERSITÄT **Oskar Negt**

I. Dolchstoß gegen die Demokratie

Feinde der Demokratie

Wie nach 1945 sind auch in den ersten Jahren der Weimarer Republik, namentlich durch die Bemühungen des preußischen Ministers C. H. Becker, zahlreiche ernsthafte Versuche gemacht worden, eine umfassende Hochschulreform durchzuführen, durch die eine Änderung der inneren Struktur und der gesellschaftlichen Funktion der deutschen Hochschulen und Universitäten bewirkt werden sollte. Die in Reformeifer entstandenen Entwürfe, deren wesentliche Gesichtspunkte bereits 1919 C. H. Becker in einer Schrift ,,Gedanken zur Hochschulreform" zusammengefaßt hatte, waren motiviert und geprägt durch die Entschlossenheit, die zu obrigkeitlichem Denken und Verhalten erziehenden Lehranstalten des Wilhelminischen Staates aufzulösen. An ihrer Stelle wollte man solche aufbauen, deren Erziehungsmethoden und politische Zielsetzungen in Einklang stehen mit den Grundsätzen einer Demokratie. Die bewußte Konsequenz aus der Erfahrung, daß die von den deutschen Hochschulen beanspruchte Bewahrung und Fortentwicklung des humanitären Denkens der Vergangenheit völlig sinnentleert bleibt, wenn es nicht vermittelt ist durch gesellschaftliche Tätigkeit, durch politische Praxis, führte zur Bildung von studentischen Selbstverwaltungen, die an allen reichsdeutschen Universitäten einen öffentlichen Rechtsstatus hatten. Durch Eigenverantwortung im akademischen Bereich sollte der Student dahin kommen, das Obrigkeitsdenken aufzugeben, um die Gesellschaft und den Staat im Zusammenhang ihrer geschichtlichen Entwicklung und im Verhältnis zu den Interessen und dem Anliegen des einzelnen zu begreifen.

Wie wenig die deutsche Studentenschaft, von der über 2/3 in Korporationen zusammengefaßt waren, von dem Gedanken einer demokratischen Selbstverwaltung hielt, wurde bereits auf dem 1. deutschen Studententag i n Würz bürg im Sommer 1919 sichtbar. Schon 1920 trat der Bruch 'zwischen korporierter Studentenschaft und Reichsregierung offen in Erscheinung, als sich nahezu 50000 Studenten am Kapp-Putsch beteiligten. Zur Aufhebung der staatlichen Anerkennung der Studentenvertretungen kam es, als in einer Urabstimmung das vom Preußischen Landtag verabschiedete Gesetz, in dem eine unbedingte Gleichstellung von arischen und nichtarischen Studenten gefordert wird, abgelehnt wurde. In einem1959 herausge-gebenen Bericht über die ,,Bildungsarbeit in den studentischen Korporationen" wird zur Haltung der Korporationen in der Weimarer Zeit kurz bemerkt: ,,1920/27: Deutliche Einflüsse der Weimarer Zeit: Abgeschwächtes Traditionsbewußtsein, Zurückhaltung, Erhaltung dessen, was über die Zeitenwende wertvoll erscheint." (S. 20) Ist die „Zurückhaltung" schon eine bewußte Fälschung, so sind die ,,deutlichen Einflüsse der Weimarer Zeit" nur zu verstehen als Sympathien der Korporationen für die ,,völkisch-vaterländischen" Ideen der Nationalsozialisten, die ohnehin starke Impulse aus dem Waffenstudententum empfangen hatten. Denn Freunde der Demokratie waren sie zu keiner Zeit der Weimarer Republik. Was aber die ,,Erhaltung dessen" anbetrifft, „was über die Zeitenwende hin wertvoll erscheint", so gilt diese Feststellung ganz besonders für den Antisemitismus.

Kapitalismus und Antisemitismus.

Es ist von äußerster Wichtigkeit, in der heutigen Situation, da man das Wiedererwachen des Antisemitismus einer kleinen Gruppe von Unbelehrbaren zuzuschreiben geneigt ist, dem BNS oder den Halbstarken, daran zu erinnern, daß der überwiegende Teil der in Korporationen organisierten Studenten den ,,Rassenstandpunkt" bejahte und die Schuld an der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, wie es die offizielle Rassenideologie der Nazis wollte, in dem Einfluß der jüdischen Minorität auf das kulturelle Geschehen der,,arischen" Nationen sah. Lange vor Hitlers Machtergreifung war die korporierte Studentenschaft bedeutsamer Träger der reaktionär-völkischen Ständeideologie, deren Funktion vor allem darin bestand, eine Überwindung des Klassen-antagonismus, der zur unmittelbaren Bedrohung der bestehenden Gesellschaftsform geworden war, durch einen totalitären, zur Legalisierung der Gewalt entschlossenen Staat herbeizuführen. Die gesellschaftlichen Bedingungen lagen in dem Zerfall des mittleren Eigentums, der Bildung einer besitzlosen, proletarischen Mittelschicht, die sich gleichwohl bewußtseinsmäßig nicht dem Proletariat zugehörig fühlte. Das Gefühl ihrer gesellschaftlichen Ohnmacht, ihre Einsicht in die schwindenden Möglichkeiten, wirtschaftlich selbständige Existenzen aufzubauen, um so an der Macht und Autorität der herrschenden Schichten teilnehmen zu können, fand eine Lösung in den Versprechungen

der faschistischen Ideologie, die an ihrem Elend ,,Schuldigen" auszurotten.

Solange sich jedoch der Konkurrenzkapitalismus entfalten konnte, hielten sich die einzelnen Eigentümer von Produktionsmitteln gegenseitig in Schach, so daß eine totalitäre Schlichtung des Widerspruchs von Privateigentum und gesellschaftlicher Produktion nicht nötig war. In dem Augenblick aber, als die große Weltwirtschaftskrise unüberhörbar die Grenzen der kapitalistischen Produktion ankündigte und gleichzeitig die Gefahr der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Enteignung der Kapitalisten durch die Arbeiterschaft unmittelbar gegeben waren, erschien die totalitäre Herrschaft als der einzig • mögliche Weg, die bestehenden Eigentumsverhältnisse zu retten. Wenn Max Horkheimer 1938 erklärte, daß niemand vom Antisemitismus reden sollte, der nicht gleichzeitig vom Kapitalismus reden will, so sollte damit der enge gesellschaftliche Zusammenhang zwischen spätbürgerlicher Gesellschaft und Rassenwahn gezeigt werden, der im deutschen Faschismus seine besondere, durch gesellschaftliche und politische Bedingungen geprägte Form annahm, ohne doch ausschließlich deutschen Ursprungs zu sein. Zahlreiche, durch umfangreiches Erhebungsmaterial fundierte Untersuchungen haben gezeigt, daß faschistisch-autoritäre Verhaltensweisen und Charakterstrukturen auch in den Vereinigten Staaten nicht unbedeutende Bevölkerungsgruppen bestimmten,

Antisemitismus und Korporationen

Unter dem Schein ,,völkischer" und ,,nationaler" Interessen hat die korporierte Studentenschaft an der Mobilisierung der Mittelschichten, die Hauptträger des Nationalsozialismus waren, aktiv teilgenommen und die Beseitigung der Sterilität ihres Denkens aus der unbedingten Bindung an vorgebliche „Urkräfte" des Volkes erhofft.

Mit Stolz und einer gewissen selbstkritischen Geste zeichnet man heute die Entwicklung der Korporationen nach 1870: „Inhaltslosigkeit der Formen, standesbewußte Exklusivität bei Verlust der Volksverbundenheit und notwendigerweise damit verbundene zynische Grundverhaltensweisen waren weitverbreitete Folgen... Eine geistige Dynamik blieb aus." Die

dpa

„durch den Ungeist von 1945 zu leiden gehabt"

Wiedergewinnung der ,,Volksverbundenheit" im Zusammenhang mit dem sich anbahnenden Rassenhaß war freilich weniger Ergebnis der Beweglichkeit „geistiger Kräfte" innerhalb der Korporationen, als vielmehr der durch einen totalitären Staat sichtbar werdenden Chancen, politisch aktiv zu werden.

Naiv gesteht man, daß in den dreißiger Jahren die ,,geistige Dynamik" wieder einsetzte, was unter den damals gegebenen Bedingungen nur heißen kann, daß die Radikalisierung der Rassendiskriminierung nicht ohne bedeutenden Widerhall bei den Korporierten blieb, von denen ein Teil, z, B. Angehörige der „Deutsch-Arischen Kammern" in Österreich und Tirol, die Ideologie des Antisemitismus bereits institutionell gesichert hatte.

Auch die Burschenschaften hatten auf dem Burschentag von 1920 mit Nachdruck betont, daß die „ererbten Rasseneigenschaften der Juden nicht durch die Taufe berührt werden". Die ,, Burschenschaftlichen Grundsätze" von 1923 enthalten die Bestimmung:

„Die Burschenschaft steht auf dem Rassestandpunkt, nur deutsche Studenten, arischer Abstammung, die sich zum Deutschtum bekennen, werden in die Burschenschaft aufgenommen,"

Als getreue Büttel mächtigerer Interessen, ohne den Versuch zu machen, gesellschaftliche und historische Zusammenhänge auf Grund akademischer Bildung zu verstehen, ordneten sie sich einer Gewalt unter, deren Kommen sie insgeheim schon länger ersehnt hatten.

Die Funktion des Antisemitismus

Aus der engen Verflechtung von Antisemitismus, „Volksgemeinschafts-Denken" und Feindschaft gegen demokratische Verwaltung der Gesellschaft, die gerne mit Herrschaft politisch unmündiger Massen gleichgesetzt wurde, ergibt sich die spezifische gesellschaftliche Funktion der Diskriminierung einer zugleich faßbaren und imaginären sozialen Gruppe. Daß die Gruppe der Geächteten in Deutschland von den Juden gebildet wurde, entsprang aus seiner besonderen ge-

schichtlichen Entwicklung, insbesondere seiner politischen Rückständigkeit, die eine bürgerliche Revolution bis 1918 verhindert hatte. Hinzu kam der durch das Ergebnis des ersten Weltkriegs besiegelte Ausschluß Deutschlands vom Weltmarkt, so daß der wirtschaftliche Expansionsdrang des Kapitalismus, der in den anderen Ländern die Phase des Imperialismus bestimmt hatte, keine von den Weltmächten tolerierten äußeren Entwicklungsmöglichkeiten mehr fand.

Die Ablenkung von den fundamentalen Widersprüchen der Gesellschaft, die sich in der Unvereinbarkeit des Standes der Produktivkräfte mit der Kapitalverwertung manifestiert, fand ihren Ausdruck in der harmonistisch gefärbten ,,Volksgemeinschaft". Der gesellschaftliche und sozialpsychologische Mechanismus, der hier im Gange war, produzierte einen Feind, der als Kollektiv-Schuldiger tabuiert wurde, und dessen Angehörige, ohne Ansehen ihres gesellschaftlichen Status, mit einer Reihe von negativen Prädikaten ausgestattet wurden. Diese historische Erfahrung darf aber nicht dazu führen, einen ,,genuinen" Antisemitismus anzunehmen. Wie empirische Untersuchungen gezeigt haben, kann die gesellschaftliche Rolle des Antisemitismus durchaus von sehr unterschiedlichen sozialen Gruppen und Schichten übernommen werden, z, B. von ,,Protestanten",,,Katholiken", ,,Sozialisten",,,Kommunisten" u. a. m, Die gesellschaftliche Funktion besteht in allen Fällen darin, den kollektiven Haß der scheinbar versöhnten Volksgemeinschaft auf diese ^Gruppen zu lenken, ohne daß sie doch das Elend, in das die Völker geraten waren, wirklich verschuldet hätten.

Der Antisemitismus ist nur eine Form der Kanalisierung bestehender gesellschaftlicher Widersprüche, wenn auch in den letzten Jahrzehnten die weitaus bedeutendste. Versuche jedoch, Tota-litarismus und Antisemitismus unmittelbar zu identifizieren, würden dazu führen, andere, nicht weniger bedeutsame Formen autoritären Denkens zu verschleiern, Daß die Korporationen das Schmähwort ,,Jude" aus ihrem offiziellen Vokabular gestrichen haben, verrät ein gewisses Taktgefühl. Daß sie andere, z. B. ,,Sozialist" und ,,Kommunist" an seine Stelle gesetzt haben, zeugt von der unveränderten sachlichen Qualifikation solcher Begriffe,

„Befreiung" von der Demokratie

Das politische Programm, das auch dem studentischen Antisemitismus zugrunde lag, enthielt den Gedanken eines militanten, nationalistischen Führerstaates, der die parlamentarischen Regierungsformen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens konsequent vernichtet. Die deutschen ,,Corps" beeilten sich nach den ersten Judenverfolgungen, bei den neuen Herren ihre ,,ruhmvolle" Entwicklung zu deklarieren. „Wir haben in schärfster Form den Grundsatz des arischen Blutsbekenntnisses durchgeführt, wir haben durch die Einführung des Führerprinzips die parlamentarischen Formen unseres Verbandslebens ausgerottet, wir haben unsere junge Mannschaft in die SA und die SS geschickt. .. Wir brachten ein gut feil der Voraussetzungen für echten Nationalsozialismus mit." (,,Deutsche Corpszeitung", Mai 1934)

Als sich 1935 3500 Burschenschafter in voller Wichs auf der Wartburg versammelten, um sich als Kameradschaften in den NS-Studentenbund organisatorisch eingliedern zu lassen, hatte sich lediglich die „Kampfform" geändert, nicht ihr,,Geist", der schon längst vor 1933 kaum unterscheidbar war von dem offiziellen der Nazis. Was der noch heute zuweilen als Repräsentant deutschen Geistes bezeichnete Begründer der modernen Seinsmetaphysik, M. Heidegger, ,,Freiheit" und ,,Wahrheit" nannte, als er kurz nach der Machtergreifung Hitlers in seiner Rektoratsrede Gelegenheit fand, seine Metaphysik politisch zu fassen, sagt mehr über die innere Struktur und geistige Verfassung derdeutschen Universität, als die stereotypen Versicherungen heutiger Professoren, sie sei durch Gewaltakte von außen her zerstört worden. Unmißverständlich ist in Heideggers Rektoratsrede die Konsequenz des Bürgertums aus der gesellschaftlichen und geistigen Entwicklung gezogen, Die immer nur formal realisiert gewesene Freiheit wurde hier ihrer eigenen Unwahrheit, ihres bloßen Formalismus, überführt. Es war ein nicht unbeträchtlicher Teil der Dozenten, der sich dem neuen System bereitwillig zur Verfügung stellte. Die korporierte Studentenschaft sah in der Zerstörung der politischen und rechtlichen Garantien der Weimarer Republik eine ,,Befreiung" und verkündete in den ,,Burs,chenschaftlichen Blättern" im April 1934, nicht ohne eine gewisse Begeisterung: „Hitlers Tat hat uns befreit. So rücken wir nun freudig ein als getreue Schar des neuen deutschen Staates, des dritten Reiches... Das Wort 'Gleichschaltung' hat deshalb auch für uns Burschenschafter einen ganz besonderen Sinn, Wir stehen alle auf dem geistigen Boden des neuen Staates. Für uns hat die Gleichschaltung lediglich die Bedeutung einer Änderung der Organisation, der Kampfform."

II. Weg in die Pseudo - Neutralität

Der „objektive" Wissenschaftsbetrieb

Wie auf der Objektseite bestimmte wirtschaftliche und soziale Bedingungen in Deutschland gegeben sein mußten, damit sich die autoritätsgebundenen Charaktere bilden konnten, so war auf der anderen Seite, von der Wissenschaft her, das politische Handeln seiner kritischen, durch wissenschaftliche Verfahrensweisen bestimmten, Momente beraubt,

in Beziehung auf die politische Funktion der Hochschulen in der Gesellschaft ist die Frage keineswegs unwesentlich, ob nicht der realitätstremde Charakter der „humanistischen Bildung" auf der einen, und das auf Beschreibung und Systematisierung des vorliegenden empirischen Materials sich beschränkende Denken auf der anderen Seite, entscheidend mitgeholfen haben, die Vernunft und kritisches Bewußtsein so schnell und widerstandslos aus den deutschen Hochschulen auszutreiben.

Dabei ist zu beachten, daß die Forderung nach einer neutralen wissenschaftlichen Ausbildung keineswegs etwas Unpolitisches ist. Die Zumutung, daß Vernunft und kritisches Denken im Seminarraum ihr eigentliches Zuhause hätten, die Akteure der Geschichte aber ihrem „Gewissen "folgen sollen, ist kaum 100 Jahre alt. Die große französische Aufklärung, die mit ihrem Kampf für Gerechtigkeit und Freiheit auf alle Bewegungen gegen Feudalismus und Ausbeutung des Menschen stark eingewirkt hat, hat ihren Gedanken der Toleranz nie auf die Kirche ausgedehnt, die der Unterdrückung und Ausbeutung der Herrschenden ihren Segen erteilte.

Erst als das Bürgertum auch zur politischen Herrschaft gelangt war, entstand die Forderung nach Beschränkung der Wissenschaft auf eine möglichst vollständige Sammlung von Material, auf Systematisierung und Klassifizierung der ,,Fakten", nach deren Sinn und Rechtsgrund zu fragen ,,unwissenschaftlich" sein sollte.

Überschaubarkeit des Gebietes und Quantifizierbarkeit der Ergebnisse traten an die Stelle der Frage nach dem Sinn. Die kontemplative Haltung des Wissenschaftlers gegenüber seinem Erkenntnismaterial reproduzierte sich in seinem Verhalten zur gesellschaftlichen Praxis, das ebenfalls darin bestand, das ,,Gegebene" als Gegebenes zu bestätigen und zu akzeptieren. Die ohne kritische Vernunft gesteuerte ,,rezeptive" Haltung gegenüber den gesellschaftlichen Mächten, die man in der modernen Psychologie ,,Ich-Schwäche" nennt, mag mit dafür verantwortlich sein, daß hinter der Fassade des technischen und sozialen Fortschritts die Barbarei heranreifte, deren institutionalisierte Form schließlich der Nationalsozialismus war.

Daß der Faschismus in Deutschland, dem die ,,Weisen" wegen der Dummheit seiner- höchsten Führer keine Lebensdauer von einem Jahr prophezeihen wollten, dennoch zwölf Jahre sich halten konnte, ist ein großes Verdienst jener um ihre gesellschaftlichen und historischen Implikationen unbesorgten Fachausbildung, die zwar ausreicht, Konzentrationslager mit der technisch raffiniertesten Ausstattung zu versehen und eine Rüstungsmaschinerie aufzubauen, die einzig in der Welt dasteht, nicht aber, um sich, wie es ein moderner Dichter ausdrückt, „der Regierung von Halbwilden zu widersetzen".

Dem Dilemma zwischen einer sinnlosen Selbstbeschränkung der Wissenschaften auf die exakte Erforschung von Kleinstbereichen und einer kritiklosen, bewußten oder unbewußten Anpassung an bestehende Herrschaftsverhältnisse vermag nur ein Begriff der Wissenschaft zu entgehen, für den das Bewußtsein über Kategorien und wissenschaftliche Verfahrensweisen ebenso konstitutiv ist, wie das Wissen um richtiges, historisch relevantes Handeln.

„Dann schon lieber Elfenbeinturm"

Zweifellos ist die politische Fragestellung des 6. deutschen Studententages Ergebnis der bisher nicht verwirklichten Hochschulreform, die nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte eine strukturelle Änderung der Universitäten und Hochschulen hätte herbei führen müssen, um das aus ihnen zu machen, was heute nur noch in Form von Definitionen geliefert wird: ,,Pflanzstätten der Demokratie".- Statt eine solche Reform mit aller Entschiedenheit durchzuführen, hat man sich in den Jahren nach dem Zusammen-

> **„Formelle Änderungen allein werden jedoch die Absolventen der Hochschule nicht über eine reine Fachbildung hinausführen. Die Versuche, ein Studium generale einzuführen, müssen als gescheitert angesehen werden. Um so mehr sind die Vorschläge des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes zu beachten, der seit langem für die Studenten aller Fachrichtungen ein methologisches und sozialwissenschaftliches Grundstudium fordert. Diese Vorschläge sollten sorgfältig geprüft und im einzelnen weiter ausgebaut werden.**
>
> **Die Universitätsverwaltung ist in vielen Fällen reformbedürftig. Der Grundsatz der Selbstverwaltung ist nicht überall hinreichend verwirklicht. Innerhalb der Selbstverwal-tungskörperschaften der Universitäten haben die Nichtordinarien und die Studenten oft kein ausreichendes Mitwirkungsrecht. Bei jeder Reform der Universitätsverfassung sind Freiheit und Autonomie der Hochschulen zu achten. Sie müssen bei der Regelung all dieser Fragen selbst ein entscheidendes Wort sprechen. Freiheit und Unabhängigkeit von Wissenschaft und Forschung sind die unabdingbarenvoraussetzungen jeder Hochschulreform."**
>
> (Aus ,,Die Zukunft meistern", Plan Z der SPD).

Ein solches Handeln kann aber nicht ‚neutral' sein, sondern es muß Partei ergreifen für die Sache der Humanität; für ein wahres Allgemeininteresse, das sich nur in einer freien und gerechten Gesellschaft realisieren kann, in der die freie Entwicklung und Entfaltung jedes Einzelnen die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

„Alte Herren" in der Gesellschaft wieder festen Fuß gefaßt hatten, plötzlich ihre politische Neutralität in Fragen der studentischen Selbstverwaltung. „Besonders an Orten, wo Korporationen stark vertreten sind, ist die Tendenz sichtbar, den ASTA ausschließlich auf eine standpunktlose Verwaltungstätigkeit einzuschränken und die Studentenschaft politisch zu neutralisieren. Die Aufgabe der Universität als einer Anstalt, die sich auch der Erziehung zum staatsbürgerlichen Denken widmen sollte, eine Aufgabe, die in besonderer Weise der Studentenschaft angelegen sein müßte, wird so immer weiter zurückgedrängt." (Bericht der Westdeutschen Rektorenkonferenz 1951/52). Es ist bemerkenswert, daß die von den Korporationen geforderte politische Neutralisierung, von der sie heute längst zugunsten einer unmittelbaren politischen Aktivität, wiederum in Anpassung an den bestehenden Staat, abgerückt sind, keinen Anklang fand bei der überwiegenden Zahl der .freien' Studenten, Freilich war es klug von jenen, deren Zeit offenkundig noch nicht wieder gekommen war, zunächst politisch neutrale Ausgangspositionen zu schaffen, um auf Grund der eigenen Vergangenheit nicht unglaubwürdig zu erscheinen. Heute, da ihre Zeit wieder gekommen ist, treten sie selbstbewußt und in waffenstudentischer Haltung für politische Aktivierung ein, die jedoch nicht weniger als 1933 restaurative und autoritäre Ziele hat.

„Politische Foren"

Die „Politischen Foren", die nach 1945 an verschiedenen Universitäten von den politischen Hochschulgruppen und den Studentengemeinden getragen wurden, sollten dazu dienen, aktuelle Probleme der Politik, keineswegs ausschließlich der Hochschulpolitik, im Rahmen der Hochschularbeit zu erörtern und zur politischen Bewußtseinsbildung der Studenten beizutragen. Wie es in dem oben zitierten Bericht der,,Westdeutschen Rektorenkonferenz" heißt, folgte nach jeder Debatte eine „Abstimmung, deren Ergebnis zumeist den Weg in die Presse findet und als Ausdruck der öffentlichen Meinung zu aktuellen Fragen gewertet werden kann. Die Einrichtung findet lebhaften Zuspruch und ist zweifellos von großem Wert." Hier war ein konkreter Ansatz für politische, durch rationale und wissenschaftliche Gesichtspunkte bestimmte Diskussionen, die auch vor der Erörterung von Fragen, wie Wiederbewaffnung und atomarer Rüstung, nicht Halt zu machen brauchte, wenn nur die Art und Weise der Argumentation im Rahmen des akademischen Gesprächs geblieben wäre.

Aber diese Arbeit, für die großes Interesse in der Studentenschaft bestanden hatte, blieb in den Anfängen stecken und wurde auch von den Universitätsbehörden, die immer weniger Interesse an der politischen Aufgeschlossenheit der Studenten zeigten, nicht mehr gefördert. An der Freien Universität Berlin soll in Zukunft bei der Bestimmung der Referenten für diese ,,Politischen Foren", die bisher allein der ASTA vornahm, auch der akademische Senat hinzugezogen werden. Es ist wahrscheinlich, daß diesem Beispiel alle anderen Universitäten und Hochschulen folgen werden. Eine solche Manipulierung aber, die den gewählten Vertretern der Studenten das Recht nimmt, ihre Referenten selber zu bestimmen, macht aus einem einstmals freien Forum eine gesteuerte, auf politischen Konformismus festgelegte Institution, die den herrschenden Verhältnisse n z u gute kommt.

Bleibt die Universität frei?

Der Zug zur Restauration alter Machtverhältnisse in der Gesellschaft wirkte sich auch auf die Änderung der Verhältnisse an Universitäten und Hochschulen aus, Die versäumte Hochschulreform, deren Diskussion jahrelang hingeschleppt wurde, bis schließlich karitative Anliegen in den Vordergrund traten, war eine Chance für die Senate der Hochschulen, obrigkeitliche Beziehungen zwischen Universität und Studenten wiederherzustellen. Der Abbau der Meinungsfreiheit der Studenten, der unter dem Vorwand der Kontrolle politisch unausgereifter Äußerungen betrieben wird, zeigt Symptome, die in der Geschichte der

„Erzienunc| und Bildung sollen allen Menschen die Möglichkeit geben, ihre Anlagen und Fähigkeiten unbehindert zu entfalten. Sie sollen die Widerstandskraft gegen konformistische Tendenzen unserer Zeit stärken. Kenntnis und Aneignung der überlieferten kulturellen Werte und Vertrautheit mit den formenden Kräften des gesellschaftlichen Lebens der Gegenwart sindGrundlagen unabhängigen Denkens und freier Urteilsbildung.
Die Jugend ist in den Schulen und Hochschulen gemeinsam im Geiste gegenseitiger Achtung zur Freiheit, Selbständigkeit, zum sozialen Verantwortungsbewußtsein und für die Ideale der Demokratie und der Völkerverständigung zu erziehen, um in unserer an weltanschaulichen Überzeugungen und Wertordnungen vielgestaltigen Gesellschaft eine Gesinnung und Haltung des Verste

(Aus dem Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.)

hens, der Toleranz und der Hilfsbereitschaft zu erreichen...

Der Besuch aller öffentlichen Schulen und Hochschulen muß kostenlos sein. Lehr- und Lernmittel sollen an diesen Schulen und Hochschulen unentgeltlich zur Verfügung stehen...
Freiheit und Unabhängigkeit der Hochschulen bleiben unberührt. Die Hochschulen können aber nicht isoliert von der übrigen Lebenswirklichkeit bestehen und sollten darum mit anderen Institutionen der demokratischen Gesellschaft, insbesondere mit den Einrichtungen der Erwachsenenbildung, zusammenarbeiten.

Eine großzügige Förderung soll den Studierenden ihre wissenschaftliche Ausbildung sichern. Allen Studierenden soll eine politische und sozialwissenschaftliche Grundausbildung vermittelt werden."

deutschen Hochschulen keineswegs unbekannt sind: Verfügungen über Einzelnummern von Studentenzeitungen; für einzelne Studentenzeitungen neue Pressestatute; neue Zulassungsordnungen für politische Hochschulgruppen. Senatsausschüsse, wie der in Berlin gebildete, versuchen, den wachsenden Unwillen der Studenten über die Hochschulverhältnisse in kontrollierbare Bahnen zu lenken. In der Beschlußvorlage des Senats der FU steht: „Ein kleinerer ständiger Ausschuß, an dem Vertreter der Studentenschaft zu beteiligen sind, sollte gebildet werden, der auf Veranlassung des Rektors über Fragen der Zweckmäßigkeit, Form und Zulässigkeit einer beabsichtigten politischen Meinungsäußerung von Organen der FU zu beraten hat. Jedes Universitätsorgan, das eine politische Meinungsäußerung plant, sollte den Rektor so frühzeitig über sein Vorhaben unterrichten, daß dieser den obengenannten Ausschuß fragen kann." Eine Berliner Studentenzeitung stellte mit Recht die Frage ,,Bleibt die FU eine freie Universität?"

Die politische Neutralität der Universitäten und Hochschulen, die sich als Illusion erweist, sobald die Gesellschaft, von der sie ein integraler Bestandteil ist, totalitäre Formen annimmt, ist heute schon wieder recht fragwürdig. Wenn ein Rektor die Unterschriftensammlung für zwei Petitionen an den Deutschen Bundestag zum Thema ‚NS-Juristen' und .KZ-Ärzte' mit der Begründung in den Universitätsräumen verbietet, es werde dadurch „gegen die medizinischen und juristischen Diener des 3. Reiches ein .Druck ausgeübt'!" (VDS-info 29. Juli 1959), so ist diese Entscheidung eine eindeutig politische. Daraus folgt, daß selbst heute die Aufgabe des Gelehrten nicht darin bestehen kann, die politischen Tatsachen, zu denen auch die jeweilige Struktur der Universität gehört, als unveränderliche ‚Daten' hinzunehmen und die Entscheidungen den politischen Funktionären, auch wenn sie gewählt sind, zu überlassen.

Sand im Getriebe

Man ging nach 1945 von der Voraussetzung aus, daß eine ,,lebendige" Demokratie nur dann zustande kommen kann, wenn die Möglichkeit und die Verpflichtung zur Mitbestimmung und Mitverantwortung auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens gegeben ist; wenn die zwangshafte Trennung von Berufssphäre und politischem Bereich, von Fachausbildung und politischer Erziehung und Betätigung, so weit wie möglich aufgehoben wird.

Die studentische Mitverantwortung wurde, mit einer Ausnahme nur sehr bedingt realisiert. Zwar hatten die gewählten Vertreter der Studenten in fast allen Senaten Stimmrecht, waren aber nicht imstande, über studentische Angelegenheiten hinausgehende Belange der Universitäten mit zu erörtern und über sie zu entscheiden. Noch auf der Delegiertenkonferenz des VDS vom Jahre 1956 wurde eine „Arbeitsgrundlage für ein Hochschulreformprogramm" beschlossen, die erneut die Forderung nach voller Mitverantwortung der Studenten an allen Fragen der Hochschulpolitik stellte.

„Der VDS fordert..., daß die Vertretung der Studentenschaft in Senat, Fakultäten (Abteilungen) und Kuratorien für alle Angelegenheiten der Universität bzw. Hochschule mit Sitz und Stimme mit verantwortlich tätig ist." Diese Forderung, die den legitimen Anspruch der Studenten an der Mitverwaltung der Hochschulen erhob, ist bisher nur an zwei Universitäten erfüllt worden; in Saarbrücken und Berlin (FU). Auf Grund ihres Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts enthält die Satzung der FU die Bestimmung, daß Studentenvertreter im Senat, in seinen Ausschüssen und in den Fakultäten Sitz und Stimme haben, und zwar in allen Angelegenheiten der Universität (mit Ausnahme der Dis-ziplinarangelegenheiten des Lehrkörpers). Ein sichtbarer Erfolg dieser Mitbestimmung ist noch heute, daß in Berlin etwa doppelt soviel Studenten wählen, als an anderen Hochschulen, obwohl auch hier die Wahlbeteiligung abnimmt. Es ist nie versucht worden, die Selbstverwaltung und Mitverantwortung der Studenten auch an anderen Universitäten und Hochschulen auszubauen. Einen Versuch in dieser Richtung wehrte der Freiburger Rektor mit der Bemerkung ab, die Studentische Mitverantwortung sei nur „Sand im Getriebe der Verwaltung".

Die Studentenvertrete rwaren im Laufe der Entwicklung mehr dazu angehalten, ihre Zeit für billige Unterhaltung ihrer Wähler, für die Organisierung von Auslandsfahrten, Beschaffung preisgünstiger Kinokarten u, a, zu verwenden, als sich mit Fragen der Hochschulpolitik zu beschäftigen, die ohnehin von den Kuratorien und den Senaten alleine gemacht wurde. Die historisch überholten Standesinteressen des Lehrkörpers und der geheime Wunsch mancher Länderregierungen, der politisch unzuverlässigen Studentenschaft keine großen Rechte an der Universität zu geben, waren alleine die Ursachen dafür, daß das erfolgreiche Experiment der FU Berlins, das freilich durch eine Neugründung in Gang gebracht worden war, an anderen Hochschulen und Universitäten keine Nachahmung fand. Der Bonner ASTA,.der aus Protest gegen die Zumutung einer Verantwortung im ,,Sandkasten" zurücktrat, zeichnete die Entwicklung der Hochschulen in aller Schärfe:

„Seit Jahren kämpft die Studentenschaft um die Anerkennung ihrer Mündigkeit. Seit Jahren weigert sich die Universität hartnäckig, der Studentenschaft den ihr zukommenden Platz in der Universitätskorporation einzuräumen, Während auf der einen Seite politische Bildung propagiert wird, verwehrt die Universität andererseits den Studenten die Mitverwaltung nach

den demokratischen Gepflogenheiten auf der unteren Ebene, in der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden der Universitätskorporation."

Der Verhinderung der Demokratie innerhalb der Universität entsprechen Versuche, die Verwaltungsautonomie der Hochschulen, soweit sie bisher verwirklicht war, zu zerstören. So bestimmt z, B. der neue Gesetzentwurf über den Status der Universität Mainz, den die Landesregierung in Rheinland-Pfalz vorgelegt hat, daß durch einen Universitätsbeirat, dem ein vom Kultusministerium bestellter Kanzler vorsteht, eine enge materielle Bindung an den Staat ermöglicht werden soll. Durch den Universitätsbeirat soll weiterhin auch eine enge Verbindung zwischen der Universität und den „politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kräften des Landes" erreicht werden, wobei die Selbstverwaltung der Hochschulen, die ursprünglich auch den materiellen Bereich betraf, nunmehr auf rein wissenschaftliche Belange beschränkt werden soll. Ähnliche Versuche gibt es bereits im Baden-Württembergischen Kultusministerium.

Ein Teil der Studenten und Professoren hat sich vergeblich bemüht, die deutsche Universität aus einer Schulungsstätte für .Untertanen' jeweiliger Herrschaftssysteme zu einer Einrichtung zu machen, die der politischen Propaganda und dem Zwang zur Anpassung wirksam widerstehen kann. Den Fehler der Weimarer Republik, aus falsch verstandener Toleranz gegenüber den Feinden der Demokratie auf eine Realisierung der Hochschulreform zu verzichten, wollte man nicht wiederholen. Das konnte aber nur möglich sein, wenn Lehre und Forschung die politischen Probleme bewußt in sich aufnehmen und die Ideologie der Neutralität, die immer dann auftritt, wenn die Demokratie abgebaut werden soll, endgültig verschwindet. Die Möglichkeit aber, der Demokratisierung der Hochschulen erfolgreich entgegentreten zu können, ohne einem Proteststurm in der Öffentlichkeit zu begegnen, wirft ein Licht auf die Struktur der ganzen Gesellschaft, in der wir leben. Es besteht unmittelbar die Gefahr, daß autoritäre Herrschaftsverhältnisse die Anfänge der demokratischen Entfaltung des politischen Lebens zerstören und jene Kräfte der Vergangenheit wieder zur Herrschaft gelangen, deren einzige Legitimation in der Verfügung über Machtpositionen besteht.

Mut zur Politik

Was Horkheimer auf dem 3. Studententag von 1954 Verantwortung nannte:
‚der Fluchtbahn, die zugleich die Linie des eigenen geringsten Widerstandes sei, nicht zu folgen', hat heute mehr denn je Geltung. Dieser Widerstand gegen den Zwang zum ‚Mitmachen' kann in einer Gesellschaft, die demokratisch zu sein beansprucht, nur politische Formen annehmen. In den letzten Jahren hat es aktuelle Anlässe gegeben, die Studenten aus ihrer reservierten Haltung gegenüber den Entscheidungen der Parlamente herauszuführen und wirkliche politische Diskussionen zu entfachen.

Der Berliner Kongreß gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr zeigte die konsequente Haltung verantwortungsbewußter Menschen, denen Gewissen und Verantwortung nicht akademische Definitionen sind, sondern die unbedingte Verpflichtung des einzelnen, die Entscheidungen der parlamentarischen Mandatsträger sachlich und kritisch zu überprüfen. Die Argumentation, deren sich die Studenten in Berlin als allein gültiges methodisches Mittel bedienten, gehört zum Wesen einer demokratischen Lebensordnung. Wenn man in Berlin so eindeutig zu dem Ergebnis kam, die atomare Ausrüstung der Bundeswehr abzulehnen, so zeugt das davon, daß der politisch bewußte Teil der Studenten vor den innen- und außenpolitischen Gefahren der Atomrüstung zu warnen den Mut hatte. Und Mut zur Politik zeigt nicht zuletzt der, dem keine politische Entscheidung selbstverständlich ist! Jeweils herrschenden' Gruppen und Meinungen zu applaudieren, ist jedenfalls auch für die, denen der Op- portunismus zur, zweite n Natur' geworden ist, kein ausdrückliches Prädikat akademischer Würde. Dieser Ausbruch aus der Isolierung im ,,Elfenbeinturm", den der Berliner ASTA gutgeheißen hatte, stieß auf heftigen Widerstand der akademischen Senate und eines Teils der Presse, die den Kongreß insgesamt als kommunistisch dirigiert diffamierte. Eine weitgehende Einschränkung der politischen Hochschularbeit war die Folge. Auf der anderen Seite gibt das Erstarken der Korporationen, das Sichtbarwerden antisemitischer Tendenzen und der große Erfolg, den Schlamm und der Bund -Nationaler Studenten an verschiedenen Universitäten haben, Anlaß zu der Besorgnis, daß die in letzter Zeit oft erhobene Forderung einer politischen Neutralität der deutschen Universität eben den Kräften dient, die, bei gegebener gesellschaftlicher Situation, die Universität wiederum von innen her einem totalitären System ausliefern würden.

Die Burschenschaften, die auch heute wieder einen beträchtlichen Teil der organisierten Studenten ausmachen und ihrem Nationalismus unter veränderten Voraussetzungen durch eine ,,Emotionalisierung" der Wiedervereinigungspolitik zeitgemäßen Ausdruck verschaffen, sind auch heute keineswegs überzeugte Feinde des nationalsozialistischen Terrors und seiner Verbrechen.

,,Unsere Alten Herren sind Männer, die teilweise unter besonderer Verfolgung durch den Ungeist von 1945 zu leiden hatten. ... Wir haben nicht nur einetote Form aus den H an den unsere r Alten Herren übernommen, sondern zuallererst eine geistig-sittliche Verpflichtung, die in den Wirren der jüngsten Zeit dem Untergang geweiht schien..." (Burschenschaftliche Blätter, 6,1952)

Von dem begeisterten Ausruf „Der Führer hat uns befreit!" aus dem Jahre 1934 bis zu der Feststellung:
„Wir werden unsere Geschichte mit hinein nehmen in unser Europa, und zwar ungekürzt und unzensiert. Und wir glauben auch nicht, daß es einen Irrweg der Geschichte gibt" aus dem Jahre 1955 (Burschenschaftliche Blätter, Febr. 1955) führt eine gerade Linie. Freilich hat die Funktion, die einst der Anti-Semitismus erfüllte, heute der Anti-Sozialismus übernommen. Insofern ist die Rede von der „ungekürzten Geschichte", zu der auch die Zeit des Nationalsozialismus gezählt werden soll, berechtigt.

Das Potential jener Studenten, die .unter dem Vorwand der Lösung „natio-naler .Aufgaben" autoritären Systemen zuneigen, ist an den deutschen Universitäten nach wie vor vorhanden. Die Schlamm - Veranstaltungen, die mit Erlaubnis der Universitätsbehörden in den Räumen der Universität abgehalten werden konnten, haben deutlich gezeigt, daß nicht unbedeutende Kräfte den ,,Geist" nationalsozialistischer Partei- versammlungen, bei denen die Kennzeichnung als ,,Jude", ‚Sozialist", - oder ,,Gewerkschafter" bereits die Berechtigung zur Diskussion nahm,

In Köln, Würzburg, Tübingen undMann-heim erhalten politische Studentengruppen grundsätzlich keine Hörsäle für 11 Partei politische" Veranstaltungen. In Köln und Würzburg sind tu r politische Studentengruppen keine Anschläge am „Schwarzen Brett" zugelassen, in Bonn, Münster und Tübingen keine Anschläge politischen Inhalts,

schon wieder ungestraft in den Räumen der Universität entfalten können, in denen das politische Argument keinen Schutz mehr findet. Solange aber die verantwortungsbewußte politische Argumentation unter dem Vorwand .reiner', .objektiver' Forschung aus dem Bereich der Universität ausgeschlossen bleibt, gibt es in ihr keine Demokratie; denn diese kann nicht alle Privilegien abschaffen wollen und gleichzeitig selber zum Privileg von ,,Führern" und ,,Eliten" werden, die ,,Politik" berufsmäßig treiben.

Begriffe wie „Bildung", „akademische Würde", ,,Verantwortung" sind abstrakt und sinnleer, wenn sie nicht den bewußten Willen zur Veränderung der gesellschaftlichen Realität im Sinne einer Befreiung der Menschen von Herrschaft und Ausbeutung beinhalte n; ja sie dienen selbe r, wo sie als P radikale bestimmten sozialen Gruppen zugeschrieben werden, die der Barbarei und dem Unrecht hilflos gegenüberstehen, der Verschleierung einer schlechten, auf Unterdrückung beruhenden Gesellschaft. Heute gilt es, neuen Formen der geistlosen Herrschaft autoritärer Gruppen vorzubeugen und alle Kräfte zu mobilisieren, um durch politische Aktionen die Demokratie zu retten und der Universität das politische Gewicht in der Gesellschaft zu verschaffen, das ihr für eine Lösung der sozialen Widersprüche zukommen muß. Das Bewußtsein davon, daß eine ‚freie' und .verantwortungsbewußte' Forschung ihrem eigenen Begriff unangemessen ist, wenn die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse mit Zielsetzung auf eine Befreiung der Menschen von materiellem und geistigem Zwang und Terror nicht erstrebt wird, ist ein entscheidendes Moment des ,,realen Humanismus". Er ist ohne politische Aktivität substanzlose Definition.

Es wird kaum möglich sein, daß bei der gegenwärtigen Gefährdung der demokratischen Rechte, im Raum der Universität und in der Gesellschaft, der Studententag nicht zu eindeutigen Beschlüssen über Mittel und Wege kommt, dem Erwachen des Rechtsradikalismus Widerstand zu leisten, ohne die Aufgabe der Befreiung aus dem ,,Elfenbeinturm", und damit die Aufgabe einer Rettung der Demokratie ungelöst zu lassen. In dieser Situation keinen „Mut zur Politik" zu zeigen, hätte die Selbstaufgabe der Universität zur Folge.

Merkblatt

I Staatsbürger
Wir fordern dich auf sei unbesorgt und guten
mutes auch wenn du meinst es drohe gefahr wir
werden sie dir jeweils bezeichnen mitsamt der
richtung aus der sie kommt merke: von osten

II sei also ängstlich aber mit maßen denk an die krise und
kaufe ein konserven
auch reis und kartoffeln und leichte lektüre die dich
erheitert doch tu solches schweigend sag es nicht deinem
nachbarn wird auch er doch von uns unterrichtet

III denn wir haben maschinen die auto-matisch dies wort
nämlich: osten hinter ereignisse drucken, die dich
verstören würden du erhältst die anweisungen in der frühe
des tages aus deiner zeitung fettgedrucktes mag dir
genügen

IV in die ersten zwei seiten dann wickle dein frühstück
verrichte jetzt froh die dinge des alltags des abends
hat weiteres lesen dann muße von schiffen im packeis und
feuersbrünsten familienanzeigen besprich mit der frau das
wird dich entspannen zu schlaf
der dich kräftigt und den wir behüten darauf
vertraue

Wilhelm Martin

Klaus Meschkat: Honnef - ein realisiertes Ideal ?

Unter dem Druck einer durch die Studentenschaft und ihre Gesamtvertretung alarmierten Öffentlich keif sah sich die Mehrheit des deutschen Bundestages im Wahljahr 1957 gezwungen, den ersten nennenswerten Betrag für die allgemeine Studienförderung in den Bundeshaushalt einzusetzen. In den letzten zweieinhalb Jahren ist ,,Honnef" zu einem wichtigen Faktor im Leben lausender unserer Kommilitonen geworden. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit aber hat sich seither vorrangig anderen Problemen der Studentenschaft zugewandt - der katastrophalen Wohnungsnot, der völlig unzureichenden Krankenversorgung, schließlich der mit jedem Jahre drängender werdenden Überfüllung der Hochschulen. So ist die Frage zu stellen: Ist in diesen vergangenen Jahren das erreicht worden, was sich die Initiatoren des Honnefer Modells erhofften? Und hat sich dieses Modell überhaupt als optimale Lösung des Problems der allgemeinen Studienförderung in der Bundesrepublik und Wesfberlin erwiesen?

Ein kurzer Rückblick auf die Auseinandersetzung ist vonnöten, die der Ausarbeitung und teilweisen Realisierung des Honnefer Förderungsmodells vorausgingen. Heute kann von niemand bestritten werden, daß es zuerst der Sozialistische Deutsche Studentenbund war, der sich gründlich mit der Notlage der Studentenschaft beschäftigte und schon im Jahre 1953 ein umfassendes Programm zu ihrer Behebung vorlegte. Die Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks hatten gezeigt, daß ein großer Teil der westdeutschen Studenten das Studium aus Werkarbeit finanzieren mußte, die sie vielfach nicht nur in den Ferien, sondern auch im Semester ableisteten, was zu unbefriedigenden Studienleistungen und gesundheitlichen Schä den führte. Und dies, obwohl die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft (nach der sozialen Stellung der Eltern) dem Bild der Gesamtbevölkerung in keiner Weise entsprach, obwohl nur 5% Kinder aus Arbeiterfamilien an den deutschen Hochschulen studierten.

Bei seinem Vorschlag für eine Studienförderung in der Bundesrepublik ging der SDS von der realistischen Vorstellung aus, daß der Student ein erwachsener Mensch ist, der durch sein Studium nützliche Arbeit für die Gesellschaft verrichtet, die ihr später vielfältig zugute kommt. In enger Anlehnung an das offizielle Programm des französischen studentischen National-verbands forderte er ein Studienhonorar - das Gegenteil von einer Staatsrente, ein ,,presalaire" für junge intellektuelle Arbeiter. In der nüchternen Einsicht aber, daß dieses Studienhonorar den in Westdeutschland Herrschenden ein Dorn im Auge ist, die den Studenten in seiner Abhängigkeit von der Familie, von Förderungsbürokraten und industriellen ,,Mäzenaten" belassen wollen, schlug er gleichzeitig als Sofortmaßnahme die Gewährung von Studienbeihilfen unter der 'Voraussetzung von Bedürftigkeit und Würdigkeit des Bewerbers vor. Dem stellte der LSD die ebenso geschlossene Konzeption einer Förderung ausschließlich durch Darlehen entgegen, womit er ein Studienhonorar ebenso ablehnte wie eine Ausweitung des Stipendienwesens. Da die Verteidiger des Status quo es angesichts der katastrophalen Not der Studenten nicht wagen konnten, ihre konservative Konzeption auch nur zusammenfassend darzustellen, fand die folgende Auseinandersetzung, getragen von den Hochschulen und Kultusbehörden, den Parteien und Wirtschaftsgruppen, last not least vom Verband Deutscher Studenten schaften, auf der Basis der Vorschläge ' der Sozialisten und Liberalen statt.

Für den endgültig ausgehandelten Kompromiß war allerdings entscheidend, daß er sich mit den Grundsätzen der katholischen Soziallehre, besonders mit dem Subsidiaritätsprinzip im Verständnis der CDU-Ideologen, vereinbaren ließ, wenn irgendeine Aussicht auf Verwirklichung im Staate Konrad Adenauers bestehen sollte. Wenn der Darlehensvorschlag der Liberalen in seinem ganzen Umfang abgelehnt wurde, so geschah das nicht aus Sympathie für das SDS-Programm, sondern aus der Befürchtung, daß die Darlehensbelastung des Jungakademikers den Intentionen christkatholischer Familienpolitik zuwiderlaufen würde. So trug das Honnefer Modell alle Merkmale eines Kompromisses, Es forderte als Voraussetzung die Bedürftigkeit des Bewerbers und postulierte: bedürftig ist derjenige, der weder allein noch mit Hilfe seiner Familie die Kosten seines Studiums aufzubringen vermag. Damit wurde zur ..Stärkung des Familienzusammenhangs" der Student als mündiger, erwachsener Mensch, in einem Lebensabschnitt, in dem sein berufstätiger Altersgenosse wirtschaftlich längst auf eigenen Füßen steht, in erster Linie auf die Hilfe seines Vaters verwiesen, der damit den Lebens- und Studienweg des Volljährigen diktatorisch bestimmen kann. Die Eignungsprüfung durch die Hochschule geht von der zwar richtigen, aber doch alle Mängel unseres Erziehungswesens offen-. barenden Feststellung aus, daß längst nicht alle Studierenden zum Studium geeignet sind.

Aber nur dem ,, Bedürftigen" wird zugemutet, sich besonderen Eignungsfeststellungen auszusetzen - während für den Nichtbedürftigen an der Fiktion des Abiturs als zulänglicher Be-

scheinigung der Hochschulreife festgehalten wird. Schließlich wurde dem ganzen „für die Zeit bis zur vollen Verwirklichung" ein „angemessener" Prozentteil Darlehen beigegeben, um auch den zögernden Selbsthilfeideologen den Kompromiß schmackhaft zu machen.

Doch selbst jener ,,Honnef 11" getaufte Kompromiß, der allen Vorbehalten und Vorurteilen der Christdemokraten entgegenkam, konnte erst im Wahljahr, fast zwei Jahre später, unter dem Eindruck eines streikbereiten Studentenverbandes, der Verwirklichung näher gebracht werden. Schon bei der Einführung wurden mit dem Vorwand verfassungsmäßiger Schwierigkeiten entscheidende Abstriche gemacht, indem die Studenten ,,nichtwissenschaftlicher" Hochschulen,

d. h. die künftigen Volksschullehrer und Ingenieure, von der Honnefer Förderung ausgenommen wurden. Nicht nur 1957, sondern auch in den folgenden Jahren sollte durch künstliche Mittelverknappung, verbunden mit zusätzlichen Haushaltskürzungen und mangelndem Zusammenwirken von Bund und Ländern bei der Finanzierung, entsprechend den elitären Vorstellungen des Innenministers Schröder nicht die vereinbarte Förderung des breiten Bandes, sondern eine etwas ausgeweitete Hochbegabtenförderung als ,,Honnefer Modell" ausgegeben werden. Diese Verfälschung von Honnef wurde dort auch erreicht, wo reaktionäre Hochschullehrer und unfähige Studentenvertreter ihr bei der Eignungsfeststellung Vorschub leisteten.

Wo stehen wir heute? Nicht einmal zwanzig Prozent der Studenten sind in die allgemeine Studienförderung einbezogen, die nach den Vorstellungen des sozialdemokratischen Hamburger Kultussenators Landahl wenigstens die Hälfte der westdeutschen Studenten erfassen sollte. Ganze Gruppen sind seit 1957 wieder aus der Förderung herausgefallen, weil sich entsprechend den steigenden Preisen der Nominallohn (nicht aber der Reallohn) der Unterhaltsverpflichteten gehoben hat. Die Sätze sind nichtetwaentsprechend den steigenden Preisen erhöhtworden, sondern konstant geblieben; sie liegen heute weit unter dem Existenzminimum. Die Darlehen, ursprünglich als „Ubergangslösung" getarnt, sind inzwischen zu einem festen Bestandteil des Honnefer Modells geworden und belasten jeden Honnef-Stipendiaten nach Studienabschluß mit einer nicht unerheblichen Schuld. Als Positivum ist zu werten, daß die Werkarbeit erheblich zurückgegangen ist, also ein Teil der akuten Not der Studenten durch das Honnefer Modell tatsächlich eingedämmt werden konnte.

Die Honnefer Förderung stellt bei allen ihren Unzulänglichkeiten deshalb den ersten Schritt zur Hochschulreform dar, weil es zum erstenmal überhaupt zu einer - wenn auch nur teilweisen - Verwirklichung einer Reform-Konzeption gekommen ist. Die Schwierigkeiten bei der Eignungsfeststellung haben das zahlenmäßige Mißverhältnis von Dozenten und Studenten an den deutschen Universitäten noch spürbarer, die Verwirklichung des 1. Teils der Empfehlungen der Hochschultagung in Bad Honnef (Gliederung und Ergänzung des Lehrkörpers) noch dringlicher erscheinen lassen. Eine Folge freilich hat das Honnefer Modell nicht gehabt, obwohl sie ihm von Böswilligen zugeschrieben wurde: die Vermehrung des Zustroms zu den Hochschulen. Diese Entwicklung setzte schon lange vor der Einführung der allgemeinen Studienförderung ein und ist durch das Förderungsmodell kaum beeinflußt worden. Ihr kann man nicht begegnen, indem man die Maßstäbe der Eignung der Bedürftigen noch mehr an der Hochbegabtenförderung orientiert, sondern n u r, indem man (entsprechend der Einsicht des Präsidenten der westdeutschen Rektorenkonferenz) Mittel und Wege findet, die nichtbedürftigen Ungeeigneten von der Hochschule fernzuhalten. Wie immer diese Auf gäbe gelöst wird (mit durchschlagender Wirkung nur durch eine radikale Um gestaltung der Oberstufe der höheren Schule), so würde doch die eindeutige Feststellung der Eignung all er Studienbewerber gleichzeitig den Fortfall der besonderen Eignungsprüfung für die Bedürftigen mit sich bringen müssen, Damit wäre ein wesentlicher Schritt zur Verwirklichung der SDS-Forderung auf ein Studienhonorar getan: ein Studienhonorar zunächst für die Bedürftigen.

Wie steht es aber- ebenso langfristig gedacht - mit der Bedürftigkeitsprüfung als Voraussetzung für die Förderung? Wenn wir die Entwicklung des Förderungswesens in den europäischen Ländern betrachten, so ist überall ein deutlicher Trend in Richtung auf ein „presalaire" festzustellen. Die skandinavischen Länder lösen sich von dem bisher vorherrschenden Dar-lehnssystem und gehen zu einer Stipendienförderung über. UNEF beharrt auf seiner mit der Tradition des französischen Studentensyndikalismus auf das engste verbundenen Forderung nach einem Studienhonorar auf Grund der Definition des Studenten als eines jungen intellektuellen Arbeiters. Von höchstem Interesse aber ist, daß der allen politischen Abenteuern gewiß abgeneigte englische Nationalverband angesichts einer Förderung, die bereits 80% der Studenten umfaßt, dennoch die Abschaffung des „means fest", d. h. der Bedürftigkeitsprüfung, fordert.

Hier muß der Irrmeinung begegnet werden, in der Sowjetunion und den Ostblockländern sei ein Studienhonorar verwirklicht. Obwohl hier der Prozentsatz der Stipendienempfänger außerordentlich hoch ist, wird dennoch das Stipendium nicht als Lohn für gesellschaftlich nützliche Arbeit verstanden, sondern als Hilfeleistung des Staates für die Bedürftigen, deren „Eignung allerdings nicht allein fachliche Leistungen, charakterliche Reife und Verständnis für die Umwelt" beinhaltet, sondern nur bei einer Billigung und aktiven Unterstützung der Politik der jeweiligen Regierung, d. h.

der kommunistischen Partei, gegeben ist. Könnte der Student- nach der Forderung progressiver westeuropäischer Studenten verbände aus der Tatsache seines Studiums den Anspruch auf eine Art von Entlohnung ableite n, dann wäre es dem Staat unmöglich, seine freiwillig gewährte Unterstützung von einer Reihe von zusätzlichen Bedingungen abhängig zu machen, die den Studenten zu bedingungsloser Übereinstimmung mit der Parteilinie verpflichten. Deshalb wird die Forderung nach einem Studienhonorar in den kommunistischen Ländern konsequent abgelehnt: sie entspringt der Gedankenwelt des freiheitlichen Sozialismus und soll den Studenten frei machen von staatlicher Reglementierung jeder Art, indem sie eine selbstverständliche Pflicht des Staates postuliert.

Auch in Westdeutschland kann nur durch ern Studienhonorar gewährleistet werden, daß nicht eines Tages eine intolerante Regierung das ,,Verständnis für die Umwelt" als Voraussetzung für die Förderung in sehr eigentümlicher Weise definiert und etwa oppositionelle Studenten grundsätzlich als ,,charakterlich unreif" von der Förderung ausschließt. Die Forderung nach einem Studienhonorar liegt also im Interesse aller deutschen Studenten, die weder eine Abhängigkeit vom Elternhaus nach der Volljährigkeit, noch eine Abhängigkeit vom Staat, von Förderungsbürokraten und Gesinnungsschnüfflern für wünschenswert halten.

Fassen wir zusammen. Für eine Zeit, in der sich das Studienhonorar aus Gründen der Defekte unseres Bildungswesens- d. h. der fehlenden allgemeinen Aussage über die Eignung zum Studium und der Vorurteile der Regierungspartei nicht verwirklichen läßt, ist zunächst die volle Verwirklichung des Honnefer Modells zu fordern. Dies beinhaltet:

1. Sicherung und Ergänzung des Honnefer Modells durch seine Verankerung in einem Gesetz über die Gewährung von Ausbildungsbeihilfen.
2. Konsequente Durchführung des Honnefer Modells im Sinne einer Förderung des breiten Bandes, des durchschnittlichen Studenten, bei gleichzeitiger Ablehnung der Fixierung eines Maximal Prozentsatzes geförderter Studenten.
3. Sofortige Abschaffung der Darlehen, als Teil der Hauptförderung, da die Übergangsperiode als abgeschlossen anzusehen ist.
4. Anpassung der Sätze an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten des Studenten, d. h. erhebliche Erhöhung.
5. Anheben der Freigrenze entsprechend den infolge steigender Preise erhöhten Nominallöhnen.
6. Beseitigung des Zwanges zum Nebenerwerb in der Anfangsförderung, durch Erhöhung der Sätze und Ferienförderung.

Auf lange Sicht aber stellt das Studienhonorar die einzige reale Lösung des Problems der direkten Förderung dar. Es beinhaltet:

1. Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung entsprechend der Forderung westeuropäischer Studentenverbände. die sich der VDS zu eigen machen sollte.
2. Aufhebung der besonderen Eignungsprüfung der Bedürftigen (sofern noch eine Bedürftigkeitsprüfung besteht) unter der Voraussetzung, daß der Hochschulzugang so geregelt wird, daß überhaupt nur Geeignete zum Studium gelangen.

(Debatte 1/59

Einige Angaben zum Notstand auf Schulen und Hochschulen

Nach der Niederlage von 1945 schiene n alle politisch maßgebenden Gruppen darin sich einig zu sein, daß die fällige Erneuerung des Bewußtseins die Erneuerung von Schule und Hochschule zur vordringlichen Aufgabe machte. Seitdem hat der Geist der Reform sich vieler Zungen bemächtigt; den Körper, der ihm hätte Wirklichkeit geben können, hat er nicht gefunden. Auch eine Reform lebt nicht vom G eist all ein. Beginnen wir also beim Geld.

Die öffentlichen Ausgaben für Schulen und Hochschulen sind bei uns im Verhältnis zum Volkseinkommen knapp halb so groß wie der entsprechende Aufwand in der Sowjetunion (4% gegenüber 8%). Dieser Anteil blieb in der Bundesrepublik bis vor wenigen Jahren sogar noch unter dem, der im Deutschen Reich bereits vor der Weltwirtschaftskrise erreicht war (1929 = 100; 1955 - 91,9); im gleichen Zeitraum wurden die vergleichbaren Ausgaben in den USA fast um ein Drittel, in England um mehr als die Hälfte gesteigert (USA 1955 — 130,7; England 1955 - 160,8), Pro Kopf der Bevölkerung hatte der öffentliche Aufwand für Schulen und Hochschulen gegenüber 1938 in der Bundesrepublik um 66%, in England um 130% und in den USA um 256% zugenommen (und zwar waren die Ausgaben zwischen 1938 und 1954, auf Dollar umgerechnet, in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung von 12,81 auf 21,27, in England von 13,42 auf 30,85, in den USA von 24,36 auf 86,63 Dollar gestiegen[1]).

Bei diesem Stand der Finanzierung nimmt es denn auch nicht wunder, daß unser Schulwesen in dreifacher

Hinsicht hinter den Entwicklungen der fortgeschrittenen Länder, sowohl des Ostens als des Westens, zurückbleibt.

Zunächst einmal fehlen in den ländlichen Gebieten weithin ausgebaute Volksschulen überhaupt. Mit Ausnahme der drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen sind nämlich in der Bundesrepublik mehr als die Hälfte der Volksschulen ein- oder zweiklassig; unter archaischen Umständen dieser Art müssen immerhin 15% aller Volksschüler unterrichtet werden. Ein Drittel der Volksschulen, mit 35% aller Schüler, verfügen über drei bis sieben Klassen. Mithin sind nicht einmal ein Sechstel der Volksschulen, die allerdings von etwa der Hälfte der Volksschüler besucht werden, mit jeweils acht Klassen voll ausgebaute Anstalten[2]). Die angesichts dieses Tatbestandes selbstverständliche Forderung nach der Dörfergemeinschaffsschule stößt bislang auf den erbitterten Widerstand der katholischen Kirche und all der Kreise, die starr am System der konfessionell getrennten Schulen festhalten, auch wo es sich nur auf Kosten einer wirksamen Schulerziehung der Kinder aufrechterhalten ließe.

Nicht minder beunruhigend als der mangelnde Ausbau der Schulen ist die Uberfüllung der Klassen. Die Zahl der Lehrer ist im Verhältnis zu den wachsenden Schülerzahlen ganz unzureichend. 1956 entfiele n in den Volksschulen der Bundesrepublik auf einen einzigen Lehrer durchschnittlich 36,7 Schüler; in England waren es hingegen 28,1, in den USA 24,5 und in der Sowjetunion sogar nur 17 Schüler. In den weiterführenden Schulen und in den Hochschulen, da vor allem in bestimmten Fakultäten und Disziplinen, ist das Mißverhältnis relativ noch bedrückender. Ihm dürfte mit einer Vermehrung der Planstellen allein kaum beizukommen sein; wahrscheinlich muß der Lehrerberuf im ganzen sozial aufgewertet und pädagogisch anziehender gemacht werden (so z. B. durch Ermäßigung der Wochenstundenzahl, großzügigere Gelegenheit zur eigenen Fortbildung usw.). Auf den Universitäten droht das Interesse der Ordinarien einen proportionalen Ausbau des Lehrkörpers zusätzlich zu erschweren; unter ihnen besteht die Tendenz, in der Hauptsache die abhängigen Stäbe der Assistenten und Dozenten zu erweitern.

Schließlich macht sich der fiskalisch enge Spielraum, in dem Schule und Hochschule gehalten werden, auch daran bemerkbar, daß die Bundesrepublik im internationalen Trend einer allgemeinen Ausdehnung der Schulzeit nachhinkt. Etwa 30% aller Schulpflichtigen absolvieren, entweder in Form einer freiwilligen Verlängerung des Volksschulbesuchs oder auf einer Mittelschule, einer Höheren Schule, einer Berufsfachschule ein zehntes Schuljahr. In den USA besuchen 80% eines Jahrgangs den entsprechenden Kursus der High School. Bei uns erhalten von den Jahrgängen zwischen 18 und 22 etwas mehr als 3% eine Hochschulausbildung, das sind kaum mehr als 0,2% der gesamten Bevölkerung; in den USA besuchen hingegen eine Schule auf entsprechender Stufe 15% der genannten Jahrgänge, das sind nahezu 2% der Gesamtbevölkerung.

Die Erweiterung der allgemeinen Schulpflicht auf das neunte und später auf das zehnte Schuljahr ist nicht nur im Interesse der Jugendlichen selbst, die heute einer verlängerten ,,Schonzeit" ebenso bedürfen wie der sorgfältigeren Vorbereitung auf Beruf, Freizeit und Teilnahme am politischen Leben; vielmehr läßt ein steigender Bedarf an qualifizierten Angestellten und Arbeitern, ,,Anlerntechnikern" wie Schelsky den neuen Typus nennt, es geraten erscheinen, die Hauptschule bis an die Fachschulreife heranzuführen. Vorerst stoßen diese Pläne auf den Widerstand des Handwerks, aber auch des Handels und der Industrie, teils weil sie das sinkende Angebot an Arbeitskräften befürchten, teils weil sie die Ausbildung der 15/16jährigen in eigener Kompetenz behalten möchten.

Erst recht entzündet sich indessen der Streit der Interessen an Fragen der Zulassung zu den weiterführenden Schulen. Die gesellschaftspolitische Rolle der Schule bemißt sich heute daran, in welchem Maße sie in den Prozeß der sozialen Auslese eingreift, statt ihn nachträglich einfach zu bestätigen. Ihr fällt die zentrale Aufgabe zu, nach Maßgabe von Bildungsfähigkeit und Neigung berufliche Chancen zu verteilen und damit auch, in gewissem Umfang, über Anwartschaften auf soziale Entschädigungen zu entscheiden. Eine durchaus liberale Idee, wie man sieht, wenn auch diesem Selbstverständnis der bürgerlichen Gesellschaft ihre Wirklichkeit keineswegs entsprach — und bis auf den heutigen Tag nicht entspricht.

Das Verfahren, das den Übergang zu den Höheren Schulen regelt, bedarf der Überprüfung. Es überläßt den weiterführenden Schulen Aufgaben der Auslese, ja überlastet sie damit so sehr, daß von aufgenommenen Sextanern jeweils nur etwa ein Viertel bis • zur Reifeprüfung gelangt (nur zum Teil erklärt sich dieses Mißverhältnis auch daraus, daß die Höhere Schule stillschweigend Mittelschulfunktionen erfüllt). Ferner erfaßt das Aufnahmeverfahren keineswegs alle Volksschüler gleichermaßen. Und schließlich ist nicht ausreichend dafür Sorge getragen, daß in der Schule jene Fähigkeiten und Neigungen geweckt und entfaltet werden können, die brach liegen bleiben, weil die Höhere Schule nicht mehr wie im neunzehnten Jahrhundert ihre Ergänzung in der Familie findet. Diese erfüllt, gemessen am hochbürgerlichen Familienmodell der ,,gebildeten Stände", ihre Erziehungsfunktionen über weite Strecken nicht mehr. Die Einrichtung einer ,, Förderstufe", wie sie im Rahmenplan des Deutschen Ausschusses vorgesehen ist, macht den ersten Versuch, diesen Mängeln energisch abzuhelfen; ein andrer Versuch wäre der allmähliche Übergang zur Ganztagsschule.

Bedenken derart, daß die gegenwärtige Form der Auslese ohnehin schon die ,,Begabungsreserve" ausschöpft, treffen nicht zu. Gegen sie spricht nicht nur der relativ größere Umfang weiterführender Schulen in anderen Ländern. Gegen sie spricht vielmehr im eigenen Lande auch die soziale Zusammensetzung ihrer Schülerschaft. Diese läßt vermuten, daß der Mechanismus der Auslese gegenüber dem Status der Eltern nicht neutral ist. Schon in England, von Ländern des Ostblocks ganz zu schweigen, zeigt denn auch die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft an vergleichbaren Schulen ein anderes Bild. In der Bundesrepublik finden sich unter den Vätern der Abiturienten nahezu die Hälfte Akademiker und nur 4% Arbeiter aus Industrie und Landwirtschaft. An der Gesamtbevölkerung haben die Arbeiter hingegen einen Anteil von 51 %. Aus den kleinen wie mittleren Angestellten und Beamten, Werkmeister auf der einen, Volksschullehrer auf der anderen Seite eingeschlossen, rekrutieren sich immerhin schon ein knappes Fünftel der Abiturientenväter. Innerhalb dieser Schicht und des alten Mittelstandes (der selbständigen Handwerker, Einzelhändler und Landwirte) scheint sich denn auch der Prozeß der Umschichtung zu konzentrieren; die Arbeiterschaft bleibt davon noch verhältnismäßig unberührt. — Im übrigen weicht die soziale Zusammensetzung der Studenten von der. der Abiturienten nicht'wesenflich ab[3]), denn heute gehen von ihnen ohnehin mehr als drei Viertel zur Universität.

Angesichts aller Pläne, die Stufen der Höheren Schule und der Hochschule zu verbreiten, stellt sich jedoch das andere Bedenken des mangelnden gesellschaftlichen Bedarfs. Der Hinweis auf kurzfristige Uberfüllungen des Arbeitsmarktes, heute etwa mit Juristen, vor zehn Jahren mit Medizinern, verschleiert aber nur die langfristige Entwicklung, die, bei anhaltender Konjunktur, den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften aller Stufen gegenüber den nicht oder wenig qualifizierten strukturell eher steigern als dämpfen wird.

Der erforderliche Ausbau der Fach- und der Fachhochschulen wird allerdings dazu führen, die sogenannte mittlere Reife und auch die Hochschulreife neu zu qualifizieren, Einerseits könnte die berufsvorbildende Universität, umgeben von einem Kranz berufsausbildender Fachhochschulen, soweit entlastet werden, daß sie in Wen Kernbereichen zu den Prinzipien der Einheit von Forschung und Lehre sowie der akademischen Freiheit (und Freizügigkeit)[4]) der Studenten zurückfindet — statt sie als bloße Fiktionen beizubehalten. Andererseits sollte das allgemeinbildende Schulwesen soweit geöffnet werden, wie es nach Maßgabe sozialer Gerechtigkeit nötig und ohne Senkung des Niveaus möglich ist. Eine angehobene Schulbildung ist auf die Dauer die, wenn nicht zureichende, so doch not wendige Bedingung dafür, jedem ein autonomes Verhalten zu ermöglichen und mit allen eine Demokratie zu verwirklichen. Von daher gewinnen die allgemeinbildenden Schulen ein eigenes Gewicht, mit dem sie sich vielleicht sogar, bis zu einem gewissen Grade, aus dem intimen Berechtigungsverhältnis zu den entsprechenden Stufen der Berufsausbildung lösen könnten. Das wird ihnen um so eher möglich sein, wenn sie durch Institutionen der Erwachsenenbildung ergänzt würden, die Volkshochschule nicht nur dem Namen nach sind, *

In den USA liegen bereits Pläne vor, die auf eine Verdoppelung der Studentenzahlen innerhalb der nächsten zehn Jahre abstellen, Hierzulande dillettiert der Innenminister in der freien Kunst des Herausprüfens, Die Ausgaben für Schule und Hochschule müssen wesentlich gesteigert werden;
zudem läßt sich sinnvoll veranschlagen, in welcher Größenordnung und in welchen Fristen diese Steigerung nötig ist. Allein, die Reform ist nicht nur ein quantitatives Problem; sie stellt die Struktur des überkommenen Bildungswesens in Frage, weil diesem neue Funktionen zugewachsen sind und immer noch zuwachsen. Wenn, auf Grund der Erhebung des Wissenschaftsrates, in absehbarer Zeit wirklich zusätzliche Mittel vorerst für Forschung und Lehre an den Hochschulen zur Verfügung stehen sollten, zeigt sich die Gefahr: daß neuer Wein - in alte Schläuche gefüllt wird. J. H,

1) Alle Angaben nach F. Edding, Internationale Entwicklung der Ausgaben für Schulen und Hochschulen, Kiel, 1958

2) Hans Heckel, Zahlen des Schulwesens u. s. Kosten, Manuskript

3) Kath, Das soziale Bild der Studentenschaft, Frankfurt 1959

4) Fast ein Drittel aller Studenten der BR wohnen noch im Elternhaus

U

Kurt Schumacher: Rede vor Studenten 1946

Es kommt für eine politische Partei nicht darauf an, vor jedem ihrer einzelnen Anhänger recht zu behalten, es kommt darauf an, vor der Geschichte recht zu behalten. Und es kommt, wenn die großen Zäsuren des weltgeschichtlichen Geschehens die Dinge durchschneiden, nicht darauf an, in einer vergangenen Periode recht gehabt zu haben, sondern es kommt darauf an, eine große neue Konzeption zu haben von den Dingen, wie sie kommen sollen und wie sie kommen müssen. Nur müssen wir dabei denken, daß niemals durch die taktische Schlauheit die innere und äußere Freiheit des Menschen verteidigt werden können. Klug sein, heißt auch mutig sein, und schlau sein ist in der Politik sehr oft etwas anderes,

Es ist die Aufgabe der Jugend, ihre Anschauung - möge sie nunmehr eine Geschichtsanschauung sein, mag es eine Naturanschauung, mag sie religiös basiert sein - so durchzusetzen, daß sie über das Interesse und die Auffassung der einzelnen Persönlichkeit hinwegkommt. Die Jugend soll ja von der Idee und nicht von dem Gedanken an den Profit her leben und daran scheint mir die beste Bestimmung für den Sozialismus die zu sein, daß der Sozialismus die Verfassung der Gemeinschaft und der Gesellschaft ist, die über persönliche Interessen hinweggeht. Aber diese Jugend muß heute wissen, daß die Sozialdemokratie eine Partei der armen Leute ist, und sie muß weiter wissen, daß mehr Leute heute arm sind, als sie selbst annehmen und daß in weiterer Zukunft noch weitere Kreise des Volkes in diesen Strudel der Verarmung hineingezogen werden, nicht etwa aus einem Drang, alles verelenden zu wollen, sondern aus der Notwendigkeit, einen sozialen Ausgleich in unserem Volke zu schaffen. Denn die Zustände, die heute zwischen dem, an dem der Krieg gnädig vorübergegangen ist, und zwischen dem, der alles verloren hat, herrschen, sind tatsächlich die Zustände der latenten sozialen Revolution, und diese Zustände müssen von Grund auf geändert werden mit Methoden, die wir einmal ganz kalt und ruhig durchzusprechen haben.

Es mag sein, daß ein arm gewordener Reicher innerlich noch reicher ist als ein reich gewordener Armer, d. h. ein Parvenü und Konjunkturritter. Aber sehr oft sind die arm gewordenen Reichen innerlich nicht reich geblieben, weil sie niemals reich gewesen waren. Die Jugend, und gerade die akademische Jugend gehört nicht zu der Kategorie, die Jugend gehört heute, sozial und ökonomisch gesehen, zu der Kategorie der armen Leute. Es hat einmal eine gewisse so

ziale Position bedeutet, wenn man der Schicht des Akade-mikertums angehört hat. Die Intelligenz war gewissermaßen frei schwebend zwischen den Klassen, und der größte Teil des Akademikertums hat in den vergangenen Zeiten in sich das Gefühl der Jenseitigkeit von allen Klassen gehabt. In Wahrheit waren die Verhältnisse ganz anders. Ein Teil von ihnen hat klassenmäßig auf durchaus kleinbürgerlichem Standpunkt gelebt. Ein anderer Teil erstrebte erfolgreich den Aufstieg in die große Bourgeoisie; aber die Gesellschaft von heute muß ihr Recht unter geänderten Lebensbedürfnissen finden, und die Idee, daß der junge Mensch von heute in der Sphäre der Klasseneinseitigkeit leben könnte - diese Idee legt mal mit allen alten Irrtümern schön beiseite. Die jungen Menschen werden damit nicht weiterkommen. Es gibt eine Reihe von Studierenden, die denken:
Nun erstmal fleißig lernen- eine feine Sache - und sich um Politik nicht kümmern - eine durchaus verfehlte Ansicht. Ich will in diesem Zusammenhang den Chor aus der ,, Braut von Messina" etwas verändert in Erinnerung bringen; er ist oft auf die typischen Staatssekretäre angewandt worden:
,,Die fremden Eroberer kommen und gehen, wir gehorchen, aber wir bleiben bestehen." - Das ist nicht das, was wir als Ziel des politischen Strebens der Jugend ansehen dürfen. Heute muß die akademische Jugend wissen, daß in der Periode der nationalen Verarmung ihre Situation auch im Prinzip problematisch ist. Sie ist von Sorgen aller Art fast erdrückt. Sie kann nicht einmal übersehen, inwieweit die auf einen Bruchteil herabgeminderte Wirtschaft noch ein Akademikertum von dem bisher gekannten Umfange ertragen kann. In der Periode der Armut aber ist das soziale Problem der Intelligenz auch ein moralisches Problem. Wir müssen die besondere geschichtliche Situation sehen, in der sich das Lebensbild der deutschen Gebildeten geformt hat, und zwar so geformt hat, daß die großen Ideen des Rechtes, der Menschlichkeit, die sonst in der Welt respektiert werden, der Freiheit der Persönlichkeit, der Generation der vergangenen Tage ein blasses Phänomen oder eine salbadernde Redensart zu sein scheint.

Es gibt auch keine Anknüpfung an die politischen Methoden des Kaiserreiches, es gibt auch kein Wiederanknüpfen an die Zeiten des Dritten Reiches, es gibt nicht einmal, was mancher Illusionist der älteren Generation zu meinen scheint, ein Wiederanknüpfen an die Tradition von Weimar. Die Situation von Weimar hat ihre Chance für das Volk und für die Jugend und für die arbeitenden Massen im Volk gehabt. Die Chancen sind nicht wahrgenommen, das damalige

Gleichgewicht der Klassen ist zerstört worden, und letzten Endes i st mit dem Zusammenbruch der Nazis, die ja nur als Funktion des modernen Hochkapitalismus in diese politische Machtposition kommen konnten, auch der Kapitalismus als Prinzip in Deutschland, in Mittel- und Westeuropa zusammengebrochen. Nun, wenn wir jetzt neue Probleme haben und mit neuen Ideen an diese Probleme herangehen wollen, dann werden über kurz oder lang auch neue Menschen die Träger dieser Idee sein. Man kann nicht mit dem Gesicht nach rückwärts, mit restauratorischen oder rechtfertigenden Methoden die Probleme von heute lösen. Heute gibt es nur einen Weg, und der heißt: Mit der Nase nach vorwärts marschieren, meine Damen und Herren. Und wer soll denn nach vorwärts marschieren, wenn nicht gerade die jungen Menschen?

Wir können als Sozialdemokratische Partei Ihnen nur eines sagen: Manche von Ihnen sind noch gar nicht reit für die Partei, und für manche ist die Partei in ihrem heutigen organisatorischem Leben noch gar nicht der richtige Ort, in dem sie sich glücklich fühlen können. Aber für alle sollten die großen Ideen, von denen diese Partei getragen ist, die Grundlage abgeben, um einzutreten in den Kampf, dann findet sich die politische Bindung ganz von allein. Denn die Menschen sind nicht so kümmerlich gemacht worden, und die Jugend muß jetzt über alle berufliche Leistung und Tüchtigkeit hinaus ihre Aufgabe in dem einen Großen sehen, daß sie eine politische Aufgabe hat. Sport, Technik und nur berufsstreberische Auffassungen im Mittelpunkt des menschlichen Daseins wirken sich immer reaktionär und hemmend aus. .Man muß den Geist, den Geist, der in der Politik lebt, zum eigentlichen Träger und zum eigentlichen Faktor in der Belebung in der eigenen Persönlichkeit machen. Politisch sein, heißt verbunden sein.

Sie haben sich zu einer Gruppe verbunden, aber bitte, verbinden Sie sich nicht zu einer Gruppe, die sich in sich absondert, sondern gehen Sie von dieser Gruppe hinaus in das große politische Leben. Der Genösse Intelligenz, der nur in seiner eigenen Sparte sein gewichtiges Wort über die Zeit und über die Theorien der Vergangenheit spricht, hat keinen Wert für uns, sondern nur der bluterfüllte, lebendige Mensch, der das, was er in seinem Zirkel und mit seinen Bildungsmöglichkeiten sich erarbeitet, in die breiten Massen hinausträgt. Das Unglück beginnt nun, wenn das Gefühl der Verbundenheit aufhört. Dann kommt nämlich für den einzelnen die Frage: Soll ich in einer Idee leben oder soll ich dem persönlichen, bürgerlichen Komfort leben, und dann wird die Leistung zu einem Geschäft und nicht zu einer politischen Tat. 'Wir haben Jahrzehnte durchlebt, in denen bei den meisten Menschen die Leistung ein Geschäft und nicht die.politische Tat gewesen ist, und das hat Deutschland mehr als alles andere in den Abgrund gestürzt. Vergessen Sie niemals, hinter den Parteien stehen die Klassen. Sie werden soziologisch genug gebildet sein,

um nicht auf den 'Rücken zu fallen, daß ich von Klassen spreche. Der Kampf, der ausgetragen wird und ausgetragen werden muß, wird sich in den westlichen Zonen Deutschlands vor allem abspielen zwischen zwei Parteien, zwischen der Christlich-Demokratischen Union auf der einen und der Sozialdemokratischen Partei auf der anderen Seite. Ich erkenne gerne an, daß in der Periode der Gründung der Christlich-Demokratischen Union durchaus wertvolle demokratische Kräfte, die den Willen zum sozialen Lastenausgleich in sich hatten, aktiv tätig waren'; aber in der Zwischenzeit hat sich in dieser Partei ein großer Prozeß der Umbildung vollzogen. Die Linke dieser Partei liefert das agitatorische Vokabularium, und die Rechte macht die Politik. Das sage ich n'icht aus Motiven der Parteipolitik heraus, das sage ich deswegen, weil gerade die ganzen Menschen in Deutschland vor die Frage gestellt werden: Wollt Ihr noch einmal den Umweg machen, oder wollt ihr direkt auf den Sozialismus zu marschieren? Wenn Sie den bürgerlichen Umweg machen, meine Damen und Herren - es steht bei Ihnen -, dann werden Sie auch alle Gefahren dieses bürgerlichen Umweges auf sich nehmen müssen. Vergessen Sie nicht: In der letzten Konsequenz ist selbst Adolf Hitler nur der Ausdruck eines solchen bürgerlichen Umweges gewesen. Sie müssen sich dann auch entwickeln über den bürgerlichen Menschen im alten Stile des Wortes hinaus. Der bürgerliche Mensch im alten Stile des Wortes kennt nicht im Geistigen und im Tatsächlichen die Großräumig-keit einer sozialistischen Planung, er versinkt immer in den engen Gebundenheiten der Tatsachen. Die Klügeren vergessen dann, daß die Ideologie, die sie vertreten, doch eigentlich nur der Ausdruck einer bestimmten soziologischen Sphäre ist. Es gibt keine Ideologie ohne Beziehung auf die soziale Sphäre, und die Dümmeren kommen zur Opposition aus Prinzip und zum individuellen Geschäftemachen. Dumme gibt es viele, glauben Sie mir, meine Damen und Herren, und die formale Bildung schützt vor dieser Art von Torheit nicht. Die philosophische Soziologie wird zu der marxistischen Fragestellung gedrängt, immer wieder auf das Problem des Marxismus gestoßen. Hinsichtlich dieses Problemes des Marxismus ist es ja leider auch bei den gebildeten Menschen heute so, daß die meisten darüber etwas gelesen haben, aber sich nicht wirklich mit den Dingen selbst beschäftigt haben. Der Marxismus ist für uns Sozialdemokraten kein Dogma und kein Katechismus von Lehrsätzen. Der Marxismus ist die Methode der großangelegten ökonomischen Analyse. Diese Methode muß durch andere Ideale komplettiert werden. Ich gebe sogar zu, daß man auch aus anderen Motiven Sozialist und Sozialdemokrat werden kann, aber lassen Sie sich nicht dazu verleiten, einfach eine Methode en bloc über Bord zu werfen, mit der in Wahrheit auch alle Großen des Geistes in der sogenannten - in Gänsefüßchen -,,bürgerlichen Wissenschaft" mehr oder weniger populär waren. Wir haben bei solchen Diskussionen viel zu viel Unnötiges geredet über Klassen-

kämpf und die materialistische Geschichtsauffassung. Ich muß mich dabei immer amüsieren, daß ausgerechnet der Sozialismus als Materialismus angesehen wird, aber der Kapitalismus und der Feudalismus nie. Mir scheint es idealistischer und moralischer zu sein, armen Leuten ein Stückchen nach oben zu helfen, als ein Nichtstuer, als nur Konsument der bestehenden Wirtschattsverfassung zu sein. Die ökonomische Geschichtsauffassung hat mit dem Materialismus als solchem, mit dem vulgären Materialismus, mit dem naturwissenschaftlichen Materialismus, mit dem Materialismus als einer heute nicht mehr befriedigenden Stufe der Erkenntnistheorie gar nichts mehr zu tun. Sie können zur Klärung dieses Gedankenganges selbst die scharfe Formulierung in der Einleitung „Zur Kritik der politischen Ökonomie" von Karl Marx heranziehen, und Sie werden finden, daß dort zwar von der Ökonomie als der Basis alles gesellschaftlichen Lebens gesprochen worden ist, daß aber die auf dieser Basis entstandenen Überbauten, wie die geistige Kultur, die Religion, die Philosophie, das Rechtsleben usw., die Tendenz haben, sich zu verselbständigen und ihrerseits wieder gestaltend und formend auf die ökonomische Basis zurückzuwirken.

Ich glaube, wenn man nur diesen Gedanken konseguent durchdenkt, dann erübrigen sich neun Zehntel der Polemik und ebenso viel Mißverständnisse. Der Klassenkampf, als Begriff der Agitation ist ja eine agitatorisch-rhetorische Formulierung, Der Klassenkampf ist geistig gesehen nicht eine Erfindung eines bestimmten Systems oder einer bestimmten Geschichtsauffassung, sondern er ist eine Tatsache, milder man rechnen muß und sich auseinandersetzen muß. Und da müssen die Jungen wissen, auf welcher Seite sie stehen wollen. Ich gebe Ihnen gern zu, daß dieses primitive ,,Klasse gegen Klasse" in Wirklichkeit die ökonomischen und politischen Tatbestände in einem modernen Kulturland gar nicht voll umfassen kann. Es gibt geschlossene Klassen nur in den seltensten Situationen, Ich möchte sogar von zahlreichen fluktuierenden Klassenspaltungen und Klassenbündnissen innerhalb derselben Klasse sprechen. Aber was für uns dabei wichtig ist, das ist der Umstand, daß der Klassenkampf in seiner Anwendung nicht schrankenlos sein darf. Erfindet seine Schranke an den Bedürfnissen des gesamten Volkes und des Weltbürgertums. Die commis voyageurs des internationalen Klassenkampfes, die mit demselben Rezept von einem Land zum ändern reisten und Unheil damit angerichtet haben, die die Klassenkampfparole ausgaben, haben in Wirklichkeit im luftleeren Raum gekämpft und nur erreicht, daß alle Gegner, auch Gegner, die gar nicht zueinander gehörten, sich zusammengefunden haben.

Der Klassenkampf, so wie ich ihn hier verstehe, ist ein rechtsbegründeter und rechtsverfolgender Kampf. Sein Inhalt wird stark beeindruckt durch die Formen, in denen er sich abspielt. Es hat in der deutschen Geschichte, bis

1918, eine solche Form gegeben, nach der allein der Zensit, der Steuerzahler, nach dem Umfang seiner Steuerzahlung im wirklichen eigentlichen Sinne des Wortes Aktivbürger und Vollbürger gewesen ist. Ich glaube, Zensiten in diesem Sinne wollen wir in Deutschland unter keinen Umständen mehr. Wenn wir jetzt über die Begriffe der Diktatur und der Demokratie sprechen wollen, dann möchte ich zunächst klarstellen, daß ich Diktatur nicht im Sinne der römischen Diktatur verstehen will, die nichts anderes war als höchste Konzentrierung der Exekutivgewalt im Rahmen einer Verfassung, die solche Momente der Konzentrierung als lediglich vorübergehendes Stadium auch vorgesehen hatte. -Es ist diese Art der Diktatur nur der Ausdruck für unser Bewußtsein, daß das Recht, nach dem wir leben wollen, das, beherrschende ist, und der Wille dieses Rechts ist der Wille der herrschenden Klasse. Wer aber heute in Deutschland die herrschende Klasse ist, das muß erst noch entschieden werden, und das kann nur mit der Jugend entschieden werden.

Die Frage der Demokratie oder der Diktatur ist doch die Frage nach der Rechtsschöpfung durch Gesetz oder durch Gewalt, und da stellt sich das historisch und philosophisch sehr Amüsante heraus, daß auch die Diktatoren immer nach der demokratischen Legitimation suchen. Ich habe noch keinen Diktator gesehen, der nicht gesagt hätte, daß er demokratisch legitimiert sei, und ich habe auch in der ganzen Geschichte beobachten können, daß die Formen, in denen die Verkündung und Rezeption des Rechts durch das Volk vor sich ging, auch dieselben waren wie in der Diktatur, Es ist immer wieder der Versuch der Diktatoren, so zu tun, als ob ihr Staat ein Rechtsstaat wäre. Der auf physische Gewalt errichtete Staat wird sich immer den Anschein geben, als ob er ein Staat der Zivilisation sei, und sich nur der Mittel des Rechts bediente.

Zusammenfassend: Bei den großen sozialen Auseinandersetzungen ist die Demokratie in dem großen historischen Prozeß der billigste Prozeß-Kostenanteil,- und nur das Mittel ist das moralische, das am wenigsten anrüchig ist. Der Besitzbürger wird immer versuchen, die politische Macht nach dem Reichtum zu gestalten und die jungen Menschen, auch die gebildeten Menschen, die sich durch die Kulturgüter, die sie in sich tragen, ausgezeichnet fühlen, sollen nicht vergessen, daß das Prinzip der arbeitenden Menschen nicht das Eigentum, sondern die Zahl ist. Zu dieser Zahl gehören ist keine Schande. Es gibt vordere Zahlen, es gibt hintere Zahlen, und ein Mensch mit Willen mit Wissen, mit Energie und Bildung wird immer noch imstande sein. sich in einer politischen Partei seine Position zu erkämpfen. Aber die Demokratie hat auch noch mehrere andere Funktionen. In großen Ländern wird sie immer die Funktion der Selektion der Führerschicht, der Auswahl haben, und glauben Sie mir, die demokratische Auswahl ist garantiert besser als jede andere Form der Auswahl. Sie brauchen nur

auf die letzten 13 Jahre zu schauen, um einmal Parallelen zu ziehen. Außerdem hat die Demokratie noch die große politische wichtige Funktion der Kontrolle. Alle demokratisch regierten Staaten sind sehr viel friedenswilliger als die diktatorisch beherrschten Staaten. Wir Deutschen sollten uns dessen besonders bewußt sein. Wenn wir nicht eine Regierung hätten autkommen lassen und geduldet hätten, die wir nicht kontrolliert haben, dann würden wir jetzt nicht von den ändern kontrolliert werden. Um auch begrifflich nicht mißverstanden zu werden - ich verstehe unter Diktatur nicht eine vorübergehende Konzentration der Exekutive zur Überwindung einer momentanen Anarchie, ich verstehe unter Diktatur nicht römischen Cäsarismus als Ergebnis des Bürgerkrieges, ich verstehe unter Diktatur auch nicht den asiatischen Despotismus als geschichtliche Erscheinungsform, ich verstehe unter Diktatur im modernen politischen Leben die große Tafsache, unter der Form des Rechtes Unrecht zu tun und die rechtliche Ordnung der Verhältnisse zwischen Individuum und Gemeinschaft in einer solchen Diktatur aufzuheben aus zweierlei Gründen. Einmal anerkennt die alles zermalmende Exekutive ja gar nicht die Menschen rechte des Individuums, und zum zweiten hat die Persönlichkeit keinen Anteil an der Willensbildung des diktatorisch regierten Staates; sie ist nicht mehr Staatsbürger. Es ist in der Diktatur die Macht nicht mehr ein Mittel der Politik, sondern die Macht wird zur eigentlichen Substanz .der Politik. Dieser Auffassung von der Macht ist Deutschland jetzt geopfert worden. Wir müssen jetzt in Deutschland das Problem lösen, daß wir uns entgegen den Verhältnissen anderer Länder in einer besonderen Position befinden, vielleicht nicht nur in Deutschland, sondern in weiten Teilen des ökonomisch kulturell entwickelten Europas. Es gibt vielleicht heute noch Länder der alten Demokratie, in denen das Restchen von Kapitalismus und Demokratie nebeneinander möglich ist, in Deutschland aber wird die Demokratie sozialistisch sein, oder sie wird gar nicht sein. Wenn sie nicht ist, dann ist die Diktatur da, und die Diktatur, meine Damen und Herren, ist nicht Ihre Diktatur, sondern eine Diktatur über Sie. Ihr einziger Vorteil in dieser Diktatur ist vielleicht, besonders gut bezahlt und mit schönen Litzen Hausknecht dieser Diktatur zu sein. Aber daß das andere, das Menschliche und Persönliche, das Individuelle und Verantwortungsbewußte, sich im Volke entfalten könnte, das vermag ich nicht zu glauben. Wir stehen in Deutschland vor der Frage der Gleichzeitigkeit von Demokratie und Sozialismus. Wenn wir von Sozialismus sprechen, dann meinen wir keinen Staatskapitalismus, dann meinen wir keinen plumpen, dumpfen Kollektivismus, sondern dann meinen wir die ökonomische Befreiung der Persönlichkeit. Die hinter uns liegende ganze Periode des Liberalismus ist in sich schwach und unfruchtbar gewesen, weil sie politisch, moralisch und geistig die Persönlichkeit für frei erklärte, aber ihr die Möglichkeiten der ökonomischen Befreiung

nicht gab. Diese Befreiung aber ist die Grundlage, aus der der Geist der Humanität erwachsen muß und erwachsen wird. Die Idee von der Herrenrasse hat sich wohl jeder allmählich wegen der Tatsache, daß wir z. Z. alle mehr oder weniger Sklaven sind, abgewöhnt. Aber diese Idee von der Herrenrasse lebt noch in Europa in manchen neuen Ländern, die keineswegs aus ihrer eigenen Tüchtigkeit zu dieser Position gekommen sind. Die Idee von der Herrenrasse, von dem Ausgewähltsein und dem Ausgezeichnetsein lebt auch noch in manchen deutschen Volksstämmen. Großer Gott, wenn man so sieht, wie etwa in Bayern Politik gemacht wird, oder wenn man sieht, wenn hier im Norden Deutschlands die Niedersächsische Landespartei stolz verkündet, daß ihr Stamm der einzige Stamm mit staatsbildender und schöpferischer Kraft in Deutschland ist, dann, werte Versammlung, wollen wir nicht versäumen, daß wir solche Vertreter der Ideologie von der Herrenrasse auch heute noch im eigenen Volke haben.

Wir erleben zwar heute in der äußeren Form den Triumph der Demokratie, aber ich möchte mal in jedes Hirn der hier Versammelten reinschauen, inwieweit die Idee der Demokratie so, wie ich sie hier darzustellen versucht habe, im Innern und in der eigenen Überzeugung jedes einzelnen lebt. In keiner Klasse ist der Wert der Demokratie unbestritten, und wenn nicht die äußeren zwangsmäßigen Verhältnisse da wären, dann hätten wir nicht nur die wunderbarste Diskussion über die Demokratie, sondern wir hätten auch die Entartung der Demokratie in den blutigen Tatsachen des Bürgerkrieges.

Der Glaube an die Demokratie ist heute beschwert durch eine Reihe von Umständen. Der Krieg ist geführt worden für die Ideale der Demokratie. Wie kommt die Welt dazu, zu den Zuständen der Nichtdemokratie, zu der ausgesprochenen Diktatur im Osten zu schweigen?

Wir wollen durchaus keine gewaltmäßigen Auseinandersetzungen, aber wir wollen das offene Wort der gesamten Kultur. Wir wollen, daß die Idee der Freiheit über die machtpolitisch, taktisch ausgerichtete Tagespolitik triumphiert. Demokratie, meine Damen und Herren, ist für uns Europäer auch nicht nur etwas Staatsrechtliches, Demokratie ist auch eine Angelegenheit der Wirtschaft und der Betriebsform, d. h. eine demokratische, in sich ausgerichtete und kontrollierte Wirtschaft kann nicht mehr autokratisch vom einzelnen Unternehmer gelenkt werden. Wir haben dann noch, und das liegt in Deutschland am meisten im argen, die Rolle der gesellschaftlichen Demokratie zu prüfen, die in den angelsächsischen Ländern zum großen Teil Funktionen ausfüllt, die in Deutschland beguemerweise aus unserem Untertanenbewußtsein her dem Staate zugeführt sind. Und nun die Konsequenz; Demokrat sein heißt, seine Lebensverhältnisse nicht einfach aus der Hand der Machthaber entgegenzunehmen, sondern mitzugestalten. Ich möchte eins der Welt sagen; Demokratie ist gut, und wir wollen •

Demokratie, wir wollen die Demokratie zusammen mit dem Sozialismus; wir wissen, daß unter den deutschen Verhältnissen und bei der Entwicklung des deutschen Kapitalismus eine nichtsozialistische Demokratie nicht möglich ist. Aber es gibt auf die Dauer keine freien Bürger, wenn der Staat selbst nicht frei ist! In diesem tiefsten Sinne haben wir noch keine Demokratie. Wir wollen sie uns auch gar nicht schenken lassen, wir wollen sie uns erkämpfen, erarbeiten durch unsere eigenen Leistungen in Wirtschaft, Kultur und Politik, aber wir verlangen von der Demokratie der Welt, uns die Chance für solche Leistungen zu geben. Ein sehr kluger und ironischer Engländer hat mal im letzten Winter gesagt: ,,Die Deutschen werden gerade soweit rechts wählen, als die zuständige Militärregierung es ihnen gestattet." Wenn das Wort wahr ist, werte Versammlung, dann ist Deutschland verloren. Der Mann hat das schon Richtige geahnt und gesehen, aber es ist eben eine Tendenz, die sich niemals durchsetzen darf. Wenn die Deutschen jetzt politisch manifestieren, daß sie gewillt sind, den bürgerlichen Umweg zu wählen, d. h. den Umweg, auch

Heinz Großmann: Aufruf zum Widerstand

Die antisemitischen Vorfälle zum Jahresende haben das Augenmerk großer Teile der Bevölkerung der Bundesrepublik auf das sich verstärkende Treiben neonazistischer Kreise gelenkt. Es bedurfte leider solcher Freveltaten, wie der Synagogenschändungen, und eines massiven Drucks der öffentlichen Meinung des westlichen Auslands, bis es bei uns zu Anfängen einer Selbstbesinnung über den Nazismus kam. Die Beschäftigung mit der nazistischen Unrechtsprechung und mit dem nazistischen Vorleben des Bundesministers Oberländer tat ein übriges, den so notwendigen Prozeß der Selbstbesinnung zu fördern.

Umfassende Vertuschungs- und Ablenkungsmanöver wurden gleichzeitig von interessierten Kreisen-- nämlich den Betroffenen! - in Gang gesetzt, um die für die deutsche Demokratie heilsame Entwicklung zur wirklichen Überwindung des Nazinachlasses rasch zu bremsen. Die Beschäftigung mit der Nazizeit und mit denen, die sie herbeiführten, soll wieder auf den kleinen Kreis der demokratischen ,,Experten" und politisch Bewußten beschränkt werden, wie es von 1945 bis 1959 der Fall war.

An den Hochschulen der Bundesrepublik brachten die letzten Monate eine gründliche Auseinandersetzung mit dem ..Bund Nationaler Studenten", der in West-Berlin sogar verboten wurde. Der Allgemeine Studentenausschuß der Freien Universität Berlin legte gleichzeitig eine Dokumentation über den ,,BNS" vor, die der Verband Deutscher Studentenschaften anläßlich seiner 12. Mitgliederversammlung erweitert einer größeren Öffentlichkeit übergab. Heute kann sich hinsichtlich des ,,BNS" niemand mehr gutgläubig geben!

wieder einmal aggressiv-nationalistisch zu werden, dann ist das Vertrauen der Welt zu uns für alle Ewigkeiten getötet, dann ist jeder Versuch von uns, an die Vernunft der Welt zu appellieren, vergebens.
Glauben Sie aber auch nicht, daß unser Problem als nationale Einheit sich trennen läßt von den großen sozialen Fragen. Ein Deutschland ohne Sozialisierung der Schwerindustrie, der Banken, des Versicherungsgewerbes, kurz ohne Sozialisierung all der Stellen, an denen große Kapitalien gesammelt werden können, ist unmöglich für die Zukunft. Ein Deutschland, das leichtfertig an den Problemen der Agrarreform vorübergeht oder sie etwa auf lapidare Weise regelt, ist auch nicht existenzfähig, aber ein Deutschland wird am Leben bleiben und sich und der Welt gute Dienste leisten, das den Mut hat zum sozialen Lastenausgleich in der letzten Konsequenz, Disraeli hat einmal das Wort von den zwei Nationen geschrieben, die in jedem Volke leben. Heute leben in Deutschland die beiden Nationen so meilen- und weltenfern voneinander, daß sie sich gar nicht mehr sehen können.

Die so wünschenswerte Klarheit über den ,,Bund. Nationaler Studenten" darf jedoch nicht zu der Täuschung führen, als seien die Anhänger und aktiven Verfechter wesentlicher Teile der nazistischen Ideologie an den Universitäten der Bundesrepublik auf den kleinen ,,BNS" beschränkt. Anläßlich des 6. Deutschen Studententages weisen wir darauf hin, auf welche Weise sich die ,,Burschenschaftlichen Blätter" Ende 1959 mit dem ,,BNS" auseinandergesetzt haben und wie die Burschenschaften unter dem Deckmantel einer Beschäftigung mit Fragen der Wiedervereinigung in rüder Demagogie gegen ihre innenpolitischen Gegner vorgehen. (Zu dieser Demagogie gehört auch die Praxis, über den SDS grundsätzlich nur auf dem Weg über DDR-Meldungen zu berichten.) Wir lenken den Blick auf das Treiben der deutschen Burschenschaften bei der Zersetzung der Weimarer Republik, wo sie eine weit verhängnisvollere Rolle spielten, als der NS-Studentenbund, zu dessen Wegbereitern die Burschenschaften gehörten.
Der Sozialistische Deutsche Studentenbund stellt zum Studententag den Burschenschaften die Frage:

1. Welche Rolle spielen die aktiven Burschenschafter von damals heute als ,,Alte Herren" und unentbehrliche Förderer der ,, Deutschen Burschenschaft"?
2. Welchen Einfluß haben sie auf die etwa 6000 bur-schenschattlichen Studenten in der Bundesrepublik, die sich immer stärker zum nationalen Studentenverband formieren?
3. Was sind die Konsequenzen der entschieden nationalen Propaganda und Ideologie der ,,Deutschen Burschenschaft" von heute?

Harald Härtung: Versuch über Rühmkorf

1. Die Daten der Publizität sind schnell aufgezählt: Peter Rühmkorf (oder Leslie Meier und'wie der 1929 geborene Autor sich noch nennt) hat wenig getan, um in jenem orphischen Dämmer zu bleiben, das Lyrikern sonst zukommt. Als Kritiker vom ,,Lyrik-Schlachthof" einer Hamburger Studentenzeitung wie als Lyriker liebte er es, völlig undomestizierbar zu erscheinen, Aber auch mit dem Appetit von Wölfen wird man fertig! Da seit Baudelaire bei Staatsanwälten wenig Interessefür Lyrik besteht, erwehrt die attackierte Gesellschaft des Eindringlings sich auf andere Weise; er erhält die Weihungen und Segnungen der Kultur und wird in den Clan aufgenommen. Rühmkorf, der gegen Cliquen und Preise gewütet hatte, erhielt den Jacobi-Preis. Rowohlt brachte Rühmkorfs Poeme in den Modefarben der vergangenen Saison unters lyriklesende Publikum. - Blieb der wölfische Charakter unter der glanzkaschierten Tarnkappe erhalten? Und wer lugt aus den abwechselnd in Antiqua und Fraktur gedruckten Seiten hervor?

2. Das Gedichtbuch - 50 Gedichte auf 67 Seiten zum Preis von 8,50 - benennt sich .Irdisches Vergnügen in g'. Für jene, die nicht sogleich des barocken Poeten Brockes .Irdisches Vergnügen in Gott' assoziieren, hält der Klappentext dankenswerter Weise die nötigen Erklärungen bereit. So erfährt man, daß ‚g' (kleingeschrieben) nicht Gotteslästerung sein 'will, sondern auf das Gesetz der Fallbeschleunigung sich bezieht. - Welche Namen bei dieser Gelegenheit nicht fallen, sind die von Benn und Arno Holz. Das ist nicht unverständlich, denn gerade sie sind die Ahnherrn der Rühmkorfschen Muse. Etwas verschämt gibt Rühmkorf den einen auch zu in seinem ‚Lied der Benn-Epigonen':

   Die schönsten Verse der Menschen - nun finden Sie schon einen Reim! -sind die Gottfried Bennschen...

   (Einen Reim auf .Menschen' gefunden zu haben, ist nun in der Tat ein Verdienst Rühmkorfs!) - Arno Holz, neben Benn das interessantere Vorbild, lieferte nicht nur .das Muster der reimlosen Mittelachsenlyrik, die den fäkalisti-schen Naturalismus von einst durch den Intellektuellen-

,,Zur Hälfte Subtilität, fuffzig Prozent Remmidemmi.'
P, R.

Argot der Jahrhundertmitte erweitert, sondern ging, vor 50 Jahren, voran im Entdecken und Parodieren barocker Lyrik. Rühmkorf ist hierin Epigone eines einst revolutionären Eklektizismus. So müssen Claudius und Klopstock (neben Brockes Nachbarn im Geographischen, nicht zugleich Geistigen) als Objekte einer zugleich respektlosen wie hingerissenen Parodie dienen. Dafür erhält aus lauter Wahlverwandtschaft Arno Schmidt, berufsmäßiges enfant terrible deutscher Prosa, eine Fußnote als Hommage,

3. Rühmkorf ist ein kluger Kopf, der sich im .Teutschen Dichterwald' umgetan hat. Geht er auch formal über die Muster Benns und Holz' selten hinaus, so hat er es doch verstanden, durch Kombination und Übersteigerung vorgegebener Stilelemente originell zu wirken. Aus dem makabren Ernst der ‚Morgue' ist dabei eine Art fäkales Rokoko geworden. Man stelle sich den zartbesaiteten Hölty anno 59 wiedererstanden vor: verschlüge der Schock ihm nicht die Sprache, er dichtete seine Gesänge auf Luna so zierlich wie eh, vielleicht mit kessen Obertönen...

   Dies in meinem Besitze:
   Etwas Luft und Zeit;
   Lunas silberne Zitze
   nackt in der Dunkelheit.

   ... aber er bliebe, was er war: Hölty. - Rühmkorf gehört zur Gattung der Hagedorn, Geliert, Hölty, ein geschmeidiges Formtalent, das galante Versmaße mit zeitgemäß makabrem Stoff auffüllt.

4. Rühmkorf preist, was an akreontisch-bukolische Dichtung immer besungen hat: das elysische Dasein in der Natur, den heiteren Lebensgenuß mit der Geliebten. Aber er weiß auch, wie sehr die Beziehungen der Menschen zueinander und zu ihrer Umwelt gestört sind; wie für Augenblicke nur, erfahren als Taumel und Trance, Flucht vor den gesellschaftlichen Bedingungen, jenes einfach-glückliche Dasein sich einstellt. Bukolik bedeutet nicht Selbstzufriedenheit, sie kann nur negativ erlebt und verfertigt werden als Reduktion auf die Glückserfahrungen der biologischen Substanz. Im Suff und im Co-itus, irgendwo in einem ‚Kaff im Sommergras' befreit sich

der Intellektuelle vom gesellschaftlichen und politischen Zwang:

Kaff im Sommergras,
du und dein Herz unterm Hemd -
Himmel vom Faß,
dir ins Gesicht geschwemmt.

Stunde aus magischem Blau,
tief! und veränderlich...
komm, alte Sau,
hau dich neben mich.

Das Trauma, davongetragen beim Erlebnis der jüngsten Geschichte, paart sich mit den Verletzungen, die der Differenzierte täglich in einer unmenschlich gewordenen Gesellschaft hinnehmen muß:

Mit unsern geretteten Hälsen,
immer noch nicht gelyncht,
ziehn wir von Babel nach Belsen,
krank und karbolgetüncht.

5. Allzu bequem, Rühmkorf Nihilismus, falsches Bewußtsein etc. vorzurechnen. Der Lyriker Rühmkorf (und der allein interessiert hier, nicht der Pamphletist und Politiker) hat keine Beschwichtigung zu bieten; er gibt keine Anweisung zum Verständnis, noch weniger zur Veränderung der Welt. ,,Häng dich ein in die Gravitation" - ein verzweifeltes ,Carpe diem' ist allein von allen Anweisungen und Philosophemen übriggeblieben; politisch: widerwilliger Konformismus, richtungslose Revolte, derall-zuleicht die Puste ausgeht. Wie? Wäre Rühmkorf doch ein politischer Dichter?

Kaum,., Zwar werden die Bedingungen, die uns bestimmen, an keiner Stelle verleugnet, aber Rühmkorf winkt, wo andere, Brecht etwa, Analyse und Tendenz gegeben hätten, müde ab oder ergeht sich in kessen, oft faulen Gags. Einer Stelle aus seinem .Selbstporträt 1958' fügt erfolgende Anmerkung bei:

Im Gedenken an meinen Freund Jochen Staritz, gefangengenommen im Frühjahr 1958 in Ostberlin;
am 23. 9. des Jahres verurteilt zu acht Jahren Zuchthaus - Sie schassen die Differenzierten. So, Kollegen, kommen wir nicht ins Einvernehmen! Diese Anmerkung berührt Probleme des Takts, wo sie •politisch wirken möchte, ganz abgesehen davon, daß das aufgeklebte politische Etikett die politische Ohnmacht und poetische Insuffizienz des Gedichts erweist. Ein ' andermal, bei der zweimaligen Evokation .Deutschland -Deutschland' fühlt Rühmkorf sich bemüßigt anzumerken: I) DBR, 2) DDR. - ,,Schon gut, ich habe Pankow anerkannt" wirft Rühmkorf an anderer Stelle ein. Aber weder werden Gedichte durch derartige Anmerkungen besser, noch werden Fragen der Politik (durchaus disku-tierenswerte) durch zweifelhafte Gags vorangetrieben.

Politik ist Rühmkorf nur poetische Arabeske. Der Bourgeois, der hier zu schockieren wäre, schmunzelt nur, falls er dergleichen überhaupt liest, über den ungezogenen Liebling der Grazien.

6. Rühmkorf mag sich mißverstanden wähnen, glauben, wir forderten ihm ab, was er nicht hatte liefern wollen: Tendenz. Aber es geht nicht um Engagement oder Poesie pure, sondern um den Gehalt an Wirklichkeit und Wahrheit in seiner Lyrik. Rühmkorf nun verfällt allzu oft der Masche, Forsche Geschwätzigkeit macht sich insbesondere in den größeren reimlosen Poemen breit und wuchert mit dem erworbenen Kapital auf nicht immer legitime Weise. Waren die frühen Gedichte (Heiße Lyrik, zus. mit W. Riegel) auch stärker von Benn abhängig, so trug sie der Ausdruck melancholischer Regression; in manchen neueren Versen geht das Jonglieren reibungsloser von der Hand - aber die Bälle, mit denen zu spielen ist, haben kein Gewicht.

7. Rühmkorf hat in seinen Gedichten die Mittel gehäuft, mit denen Dichtung auch sonst zu brüskieren pflegte. Das Obszöne, Zotige, die Blasphemie und weltanschauliche Aggression werden dem Gedicht integriert. Der ‚Arsch der Genesis', der .Himmel wie ein Präser Gottes' haben im Rühmkorfschen Gedicht ebenso Platz wie die Fügung ,,Mikosch und Isolde" oder der Satz ‚Coeo ergo sum'. Obszönität vermag in einer entfremdeten Welt ein Unterschlupf des ungebrochenen, von keiner Sprachregelung getroffenen Gefühls zu sein. Aber Rühmkorf ist nicht weit genug von Pikanterie und Selbstgenuß entfernt; seine Obszönität ist nicht direkt, zugreifend und massiv, sondern selbst schon gebrochen. Ein Hölty, der im galanten Ton Zoten von sich gibt, i st eine amüsante, aber zweideutige Erscheinung.

   Auf so muntere Art morbid zu sein, ist nicht jedem gegeben...

   Gewiß. Aber das Amüsement, das der Leser davonträgt, beweist Rühmkorfs Affinität zum Konformismus, Gefährlich ist die Eignung dieser Gedichte zum Konsum. Ihr koketter Individualismus spricht diejenigen an, die es chic finden, sich von der .Masse' abzuheben, meinend, hiermit sei alles getan.

8. Man sage nicht, der Dichter könne nichts für sein Publikum. Er kann! Er ist für es verantwortlich; er schafft es, ehe er an die Öffentlichkeit tritt: seine poetische Verfahrensweise bestimmt den potentiellen Leser. Rühmkorf mußte es wissen. Er hat nicht genug getan, um gewisse Leute von vornherein auszuschließen. Zuviel Avantgardisten des Bartes und der Lederjacke werden ihre Freude haben an diesem Talent, das aus der absurden Revolte heraus sich unter einem modischen Umschlag zur Ruhe begibt.

Trugbild

Mit aller erdenklichen Akribie hat das Innenministerium ein Bevölkerungs-Kriegs-Schutzprogramm ausgearbeitet. Warnämter, Richtfunkstationen, Sirenen warn System i Fern meldetechnische Einrichtungen und Rundtunkdienst sind geplant, dazu Schutzvorkehrungen gegen radioaktiven Niederschlag einschließlich trümmersicherer Decken in sämtlichen Alt- und Neubauten. Für die Durchführung sind zunächst 28 Milliarden DM vorgesehen. -

Während in aller Welt sich immer stärker die Einsicht durchsetzt, daß bei einem atomaren Patt der Kalte Krieg seine Drohung verliert, da der Heiße durch die absoluten Vernichtungsmöglichkeiten bei der Seiten nicht mehr als sinnvolle Alternative verstanden werden kann, bemüht sich die Bundesregierung um seine Institutionalisierung in Deutschland. Gilt ihr der Kalte Krieg als einzige Legitimation einer Politik der Anti-Verständigung, so muß sie umgekehrt gerade dafür sorgen, den realen Kriegsfall als Alternative stets glaubwürdig erscheinen zu lassen. Nurais einen Versuch, eben diese G laubwürdig keif mit größtem Aufwand zu demonstrieren, kann man die neuen Gesetzentwürfe verstehen. Um den Beweis zu erbringen scheute das Ministerium nicht gröbste Tatsachenentstellungen. Bewußt wird der qualitative Unterschied von atomaren und konventionellen Waffen verschleiert. Da der atomare Krieg sich als reales Geschehen der Erfahrung entzieht, und uns trotz aller theoretischer Berechnungen seiner Vernichtungspotenz die Vorstellung solcher totaler Zerstörung nicht möglich ist, führen die Planer die Erfahrungen des zweiten Weltkriegs als Bezugsfeld ein. Spricht man von atombombensicheren Luftschutz räumen, so beinhaltet bereits der Terminus, daß der Atomkrieg mit dem gleichen Maß gemessen wird wie jeder andere auch. Als gleich gezielte Analogie ist die Wiederherstellung der alten Luftschutzbunker aus dem zweiten Weltkrieg zu verstehen. Der Atomkrieg verliert sein spezifisches Grauen und wird konventionell: man kriecht in den Keller. Der Bevölkerung wird das Trugbild des schon dagewesenen vorgespielt. Dabei erscheinen Krieg und Widerstand sinnvoll, denn jeder, hat das Alibi: auch damals bin ich davon gekommen! Michael Schumann

Hinein in den Elfenbeinturm !

Daß der VDS seinem Elfenbeinturm adieu sagen will, bezeichnet er als Provokation. Im Hinblick auf diese Absicht wäre eher von einer Revokation zu reden. Das muntere Feldgeschrei zum Aufbruch- ,,wir fordern die Einheit der Bildungswege" - übertönt wirkungsvoll, was in der Konsequenz der praktischen Vorschläge des VDS zur Hochschulreform beschlossen liegt. Nach diesen würden sich die Hohen Schüler mehr als bisher verbarrikadieren vor dem, was man die Erfordernisse der modernen Welt zu nennen pflegt.

Der VDS schlägt u. a. vor:

1. bei Hochschulreformen ,,von Vorstellungen der optimalen Größe einer wissenschaftlichen Hochschule" auszugehen und zu bedenken, daß die Universitäten ,,ein für einen gesunden Aufbau der Gesellschaft schädliches Ausbildungsprivileg" innehätten;
2. die Oberstufe der Höheren Schule durch ,,scharfe Auswahl und eine Zäsur" solchen Schülern vorzubehalten, die Hochschulreife erlangen wollen;
3. daß angesichts der ,,Tatsache", ,,daß hochqualifizierte Fachkräfte im sogenannten Mittelbau... in gesunder Zahlenrelation zur Minorität der Führungskräfte stehen "müßten, die Universität durch ,,qualifizierten Ausbau" und Bau von Fachschulen entlastet werden solle.

Hierzu ist im einzelnen zu sagen:

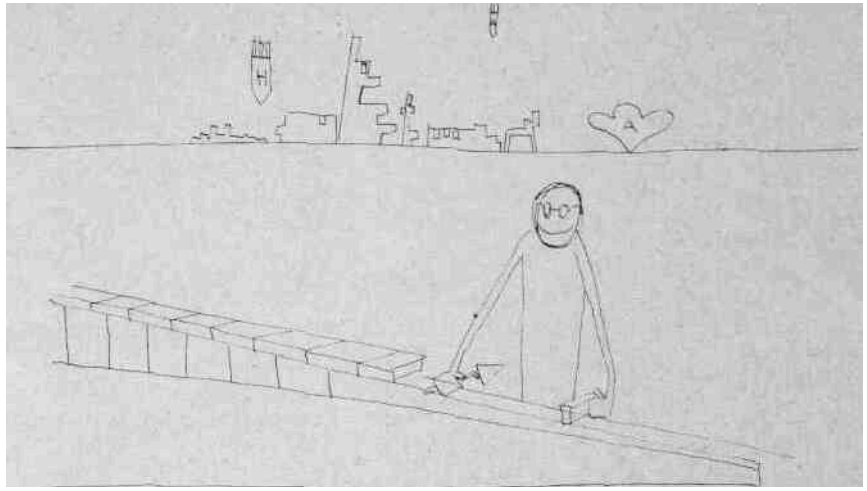
1. Die Verwirklichung einer optimalen Größe der Universität, welcher Vorstellungen zugrundeliegen, die sich ausschließlich ' am bestehenden Hochschulsystem orientieren, kann nur eine Reduzierung der zur Verfügung stehenden Kapazitäten bedeuten. Das ,,Ausbildungsprivileg" der Universität für bestimmte Berufe mag dadurch. ,,gebrochen" werden; ihr Privileg der Vermittlung von Anwartschaften auf gehobene Positionen kaum, - während das Privileg des Zugangs zur Universität, das heute bestimmte soziale Schichten tatsächlich innehaben, durch derartige Reduzierungen nur verstärkt werden kann.

2. Die neue Konzeption der Oberstufe der Höheren Schulen, die - mittels ,,scharfer Auswahl "-solchen Schülern, die später wirklich studieren wollen, vorbehalten werden und dem Lehrstoff nach dementsprechend organisiert werden soll, läuft auf eine Verlagerung des schmutzigen Geschäfts des ,,Hinausprüfens" von der Universität auf die Höhere Schule hinaus.

3. Der Bau von Fachschulen nach Maßgabe einer ,,gesunden Zahlenrelation", in der diese zur Universität stehen sollen, würde zur Folge haben, daß die Ausbildung des Personenkreises nach den beim VDS herrschenden hierarchischen Vorstellungen ,,Mittelbau" genannt wird, nach pragmatischen Gesichtspunkten spezialisiert würde; während die ,,Minorität der Führungskräfte" zur Berufsausbildung offenbar den Segen des Scheins von Allgemeinbildung als Herrschaftswissen hinzubekäme.

Der VDS fordert, daß seine verschiedenen Vorschläge als Einheit behandelt werden sollen; sie gewinnen dadurch in der Tat an Deutlichkeit. Die Konsequenz seiner Vorschläge insgesamt ist die mehr als bisher bestimmten Schichten vorbehaltene Hohe Standesschule für diejenigen, die der herrschenden Minorität gesellschaftlicher Führungskräfte gegenüber sich als künftige Minorität der Führungskräfte genügend qualifizieren können. Hinein in den Elfenbeinturm! Oder lautet gar die Provokation: hinein in den elfenbeinernen Kommandostand!?

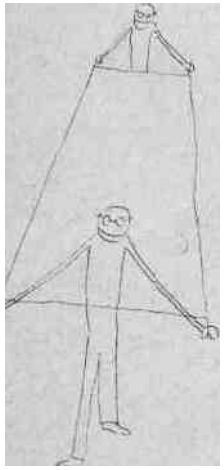
K, H, Tjaden



Pflege von Kriegsgräbern

Der Todestag Friedrich Eberts war Anlaß zu einer Rede des Bundespräsidenten, in der er stärkere staatpolitische Aktivität der Jugend forderte. Nun ist freilich die politische Apathie der Jugend schon oft beklagt worden, auch mangelte es nicht an Vorschlägen - die des Bundespräsidenten: freiwilliger Krankendienst an Sonntagen, Pflege von Kriegsgräbern, ein Bauorden, kurz ,,Dienst an Volk und Vaterland"- um diesem Zustand abzuhelfen. Uns sind auch geläufig die Reminiszenzen an die vertanen Chancen der - Weimarer Republik oder der Periode nach 1945, gern verbunden mit der Feststellung, es habe nicht zuletzt an der jungen Generation gelegen, daß es ‚so' gekommen sei.

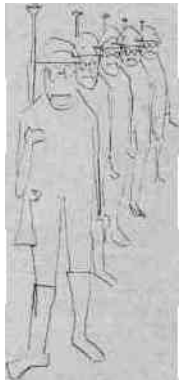
Die stärkere staatspolitische Aktivität, die der Bundespräsident fordert, er-



scheint jedoch als Farce, die Vorschläge, die er anbietet, nicht minder, wenn sie nicht sogar den Eindruck nahelegen, von wirklicher politischer Betätigung abzulenken. Zumindesten ist Anlaß zum Verdacht, daß die geplanten Spielereien Ersatzfunktion haben, Beschäftigungstherapie sind, patriarchalisch-wohlmeinend, gewiß, im Ergebnis aber tendenziell das zu fördern geeignet, was überwunden nur schien.

Es ist die Rede von William S. Schlamm. So zufällig er da war, er kam nicht von ungefähr. Wer die johlenden Massen bei seinen Auftriften sah, wußte, daß hier eine Bewußtseinslage angesprochen wurde, die potentiell, auch ohne Schlamm, zum Faschismus tendierte. Was sich hier austobte, war nur Produkt einer jahrelangen Entwicklung, die bewußt und, viel leicht stärker noch, unbewußt, kraft der Verhältnisse, die Entpolitisierung einer Gesellschaff betrieb. Einem Bewußtsein, unfähig jeder politischen Reflexion, wurde ein Popanz gegeben, an dem es endlich für den Triebverzicht sich rächen konnte und darüber tatsächliche Herrschaftsverhältnisse um so besser vergaß. Eine Entwicklung, die uns die for

male Demokratie brachte, droht umzuschlagen nicht in ihr Gegenteil, sondern in das, was sie als nur formale latent schon war.



H. Klein: Ein Kranz für die Geschwister Scholl

Die Meinung, daß sich in sogenannten Zwischenfällen oft mehr über Politik und deren Motivationen ausmachen lasse, enthält, sei sie auch Binsenwahrheit, auch ein Stück verbindlicher Wahrheit. Was sich in München ereignete und als Zwischenfall deklariert wurde, trägt wenig dazu bei, in die Beteuerungen großer Politik über eine Zukunft Deutschlands in Frieden & Freiheit allzu großes Vertrauen zu setzen, beleuchtet vielmehr die Diskrepanz zwischen Programm und Aktion: Von Studenten, die dem Ring christlich-sozialer Studenten nahestehen sollen, wurde nach einer Gedenkfeier für die Geschwister Scholl ein Kranz Jenaer Studenten gewaltsam entfernt und die Schleife mit dem Aufdruck ,,Den Kämpfern gegen Faschismus und Krieg - die Studenten der Friedrich-Schiller- Universität Jena" abgeschnitten.

Was sich in diesem Verhalten kundtut, ist selbst ein Beispiel totalitären Bewußtseins, gegen das angeblich demonstriert wurde. Die den Kranz entwendeten und sich im Besitz der Demokratie glaubten, sich deren Verteidigung recht autoritär anmaßten und anderen das Recht zum Protest gegen den Faschismus absprachen, beweisen damit bloß die Fragwürdigkeit ihrer eigenen demokratischen Einstellung. Was nur war so anstößig an dem Kranz? An der Schleife? Denn offenbar fühlten die Rüpel sich doch durch die Schleife provoziert. Aber was erregte den Zorn? Der Umstand, daß auch Protest aus Jena kam? Daß er offen Krieg und Faschismus verurteilte?

Es ist nur wahrscheinlich, daß der grabschänderische Ärger sich an der offenen Verurteilung von Krieg und Faschismus entzündete, da der ausdrückliche Protest dagegen mit der Schleife abgeschnitten wurde. Ein solches Tatmotiv weckt Bedenken gegen die in München vorgegebene demokratische Gesinnung. War es nur ein Zwischenfall, der sich dort ereignete, oder hätte man nicht aus dem Geschehen den Schluß zu ziehen, daß, wie damals so auch heute, Demokratie in Gefahr ist, unter der Hand liquidiert zu werden? Damals wurden Widerstandskämpfer umgebracht, heute schweigt man sie tot, indem man die Sache unterschlägt, gegen die der Protest sich richtete.

Peter Märthesheimer: Provokation

,.Aufgabe und Ziel des Studententages wäre es daher, der Studentenschaft und dem einzelnen Studenten die Breite der Verantwortung und die Möglichkeiten der Mitarbeit zu verdeutlichen und sich ihrer Versäumnisse bewußt zu werden," Meint der VDS. Zieht man das schlechte Deutsch ab, bleibt der schlechte Inhalt, und es erweist sich bloß, daß die Sache akkurat die ihr gemäße Form gefunden hat. Dertat recht, der den Stil als Indiz dafür nahm, daß auch am Gedanken etwas faul sei, der sich mit solchen Wehen zur Welt bringen muß.

Hier soll auf die Realität verwiesen werden, die verständlich macht, daß in oben zitiertem Satz die Grammatik nur widerwillig ihr Einverständnis gab. Tatsächlich ist Anlaß gegeben, die Verfasser wenn nicht der Blindheit, so doch der Ignoranz zu verdächtigen. Denn da geschah doch vieles, da lärmte doch manches, um nur zu erinnern: ein Fall Hagemann, der fiel wirklich, nachdem man ihn gestoßen hatte, so laut, daß es das Schweigen seiner Kollegen übertönte. Aber da war noch anderes, Spektakel, das jeder hören mußte; da ging doch etwas vor in den ASTA in Bonn und Freiburg und Saarbrücken; da kastrierte man doch Studentenzeitungen, und das nicht nur in Aachen und Heidelberg. Da wurde doch studentische Meinung mal kontrolliert, mal diffamiert, mal abgeschnürt, und die Variation war nur Mittelwahl bei gegebenem Zweck, das ging doch alles dahin, dem den Nacken zu beugen, der die Demut vor dem Bestehenden nicht aufbringen wollte und das Einverständnis verweigerte.

Angesichts dieser Situation bleibt nur, den Mut des VDS zu loben, der unverzagt den Abschied vom Elfenbeinturm proklamiert; die Lust am Untergang zu vermerken, da die Gefährlichkeit des Unternehmens doch schon demonstriert wurde; die unbekümmerte Extravaganz hervorzuheben, war das Kind doch bei derGeburt schon eine Leiche.

Oder, bedenkt man zögernd, meinen sie's vielleicht ernst? Meinen sie's mit dem Ernst des Zynismus? Und das läßt stutzen, das verfremdet zu Nachdenklichkeiten: Nicht die Breite der Verantwortung kann gemeint sei n, sondern deren Enge. Nicht die Möglichkeiten, sondern die verbliebenen Möglichkeiten. Nicht die Mitarbeit, sondern die Anpassung. Nicht die Versäumnisse, sondern das Ärgernis dessen, was vordem aufsässig getan wurde.

Es wäre böswillig, schlechtes vom VDS zu sagen. Aber wir sagen es von den Verhältnissen, Das Thema sei eine Provokation, meint der VDS. Wir bestätigen: So ist es.

ZEITSCHRIFT FÜR POLITISCHE THEORIE UND PRAXIS
Herausgeber: Otto Brenner, Dr. Heinrich Deist, Fritz Erler, Waldemar von Knoeringen, Prof. E. W. Meyer, Prof. Carlo Schmid, Dr. Carl Schumacher, Herbert Wehner.
Redaktion: Ulrich Lohmar

In Heft 2/1960 (März/April) lesen Sie u. a.:

Ernst Schütte Demokratie und politische Bildung
Ulrich Beer, Arno Klönne, Lorenz Knorr Jugend in der modernen Welt
Wolfgang Edelstein Probleme der Schulreform
J.J.Voogd Der Sozialismus im Spiegel der Gegenwart
Helmut Wagner Karl Marx und das Totalitäre

DIE NEUE GESELLSCHAFT erscheint zweimonatlich zum Preis von 2.—DM je Heft (zuzügl. Porto). Fordern Sie bitte ein kostenloses Probeheft an beim

VERLAG NEUE GESELLSCHAFT - BIELEFELD - PRESSEHAUS

neue kritik 1

„neue kritik", Zeitschrift sozialistischer studen-ten. herausgegeben vom sozialistischen deutschen studentenbund, nr. 1,märz 1960, postversandort frankfurt am main. „neue kritik" erscheint in nachfolge des „bundesorgans des sozialistischen deutschen studentenbundes",,Standpunkt", „neue kritik" ist kein geschäftsunternehmen, schutzpreis 0,50 dm, für Studenten 0,10 dm. anschrift: frankfurt am main, bockenheimer landstr. 135 (seifert). verantwortlich: Jürgen seifert, frankfurt am main. umschlagentwurf ann lamche, foto dpa. uniondruckerei und verlagsanstaltgmbh., frankfurt/ m.